

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Verkaufsstelle
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal zzgl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate
pro hiergeliebter Zeitsp. 60 Pf.;
Stellenangebote 40 Pf.; für Ber-
bandsmitglieber 40 Pf.; Beram-
lungsanzeigen 20 Pf.; Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 89.

Berlin, den 23. September 1911.

27. Jahrgang.

Kollegen! Kolleginnen! Die jetzt einsetzende bessere Geschäftszeit darf unter keinen Umständen ungenutzt verstreichen! Wir müssen in allen Orten mit einer tatkräftigen, systematischen Agitation beginnen und unsern Verbände aus der großen Schar der Unorganisierten weitere Tausende neuer Anhänger werben! Das vergangene Jahr brachte uns einen ungeahnten Erfolg. Das ist ein Zeichen von dem Vertrauen, welches unser Verband genießt und ein Beweis von der emsigen Agitationsarbeit unserer Mitglieder! So aber soll es auch im laufenden Jahre sein, damit wir am Jahreschluß mit freudigem Herzen und mit frohem Hoffen auf die Zukunft die Bilanz ziehen und mit befriedigten Gefühlen auf unsere Arbeit zurückblicken können.

Jedes neue Mitglied stärkt unsere Stofkraft!

Jedes neue Mitglied vermehrt unsern Einfluß!

Darum, Ihr Kollegen und Kolleginnen, seid unermüdetlich für die Organisation tätig!

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Damit den mit der Kassenführung betrauten Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gaue ermöglicht wird, die Abrechnung für das dritte Quartal pünktlich mit dem 30. September abzuschließen, richten wir an alle diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, das dringende Ersuchen, sie bis spätestens zu oben genanntem Datum begleichen zu wollen.

Die Bevollmächtigten sind gehalten, solche Mitglieder, die über die statutarisch zulässige Zeit hinaus restieren, aus dem Verzeichnis der Mitglieder zu streichen, d. h. auszuschließen. Mit dem Ausschluß erlöschen alle Rechte.

2. Um Irrtümer im Leben der Beitragsmarken zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 24. bis 30. September das mit Ziffer 39 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

3. Mitglieder, welche im Laufe der kommenden Wochen vom Militärdienst entlassen werden, wolle man darauf aufmerksam machen, daß sie in ihre alten Rechte wieder eintreten können, wenn sie sich vor ihrem Eintritt zum Militär durch Einsendung des Verbandsbuches abgemeldet haben und sich nach der Entlassung sofort wieder beim Unterzeichneten anmelden.

4. Diejenigen Mitglieder, welche im Herbst dieses Jahres zum Militärdienst einberufen werden, sind verpflichtet, sich nicht nur bei der Stelle abzumelden, wohin sie ihre Beiträge abgeführt haben, sondern sie müssen ihr Mitgliedsbuch an den Verbandsvorstand zur Anmeldung und Aufbewahrung einsenden.

5. Eine Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pf. pro Woche ist von der Zahlstelle Gilsbeheim beschloßen und unsererseits gutgeheißen worden. Der Verbandsvorstand.

Streifzüge durch unser Wirtschaftsleben.

Die Maschinenarbeit und ihre Folgen. IV.

Nicht allein in ihren Anwendungen für Unfallregulierung und für Unfallverhütung kommt zum Ausdruck, daß die Berufsgenossenschaft, der die wesentlichsten Betriebe unseres Gewerbes unterstehen, die Rentenquetscheri als ihre erste Aufgabe ansieht, auch in der Zahl der sich notwendig machenden Berufungen gegen ihre Entschiede haben wir einen sehr gut funktionierenden Gradmesser dafür. Im vergangenen Jahr z. B. wurden gegen die berufsgenossenschaftlichen Entschiede in 360 Fällen Berufung eingelegt, bei nur 1261 berufungs-fähigen Entscheidungen ein außerordentlich hoher Prozentsatz. Das aber ist die Folge des Bestrebens, die Entscheidungen für den Unfallverletzten so ungünstig wie nur irgend möglich zu gestalten, ein Beginnen, das bei der wachsenden Aufklärung unserer Kollegen und Kolleginnen und dank der Tätigkeit unserer Arbeitersekretäre je länger je mehr ein untaugliches sein muß. Immer mehr lernt der Arbeiter, in unserem Falle der durch Unfall Verletzte, gegen die tendenziöse Tätigkeit der Berufsgenossenschaften anzukämpfen und seine Rechte zu wahren. Immer mehr lernt er begreifen, daß sein Kampf um sein Recht zugleich ein Anknüpfen gegen die kapitalistische Macht ist. So charakterisiert sich der Kampf um die Unfallrente zugleich als ein Stück Klassenkampf, bei dem die Waffen allerdings recht ungleich verteilt sind. Immerhin erreichte noch in 112 Fällen der Unfallverletzte ein Urteil des Schiedsgerichts zu seinen Gunsten und selbst von den 116 gegen Schiedsgerichtsurteile eingelegten Rekurse wurden noch 21 zu Gunsten des Verletzten erledigt. Diese Zahl selbst mag gering erscheinen, in Beachtung der Tatsache jedoch, daß zu Gunsten der Genossenschaft ebenfalls nur eine geringe Zahl (39) entschieden worden sind, 50 aber unerledigt blieben, kann man sich mit ihr abfinden. — Anträge auf anderweitige Festsetzung der Unfallentschädigung stellte die Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft in 171 Fällen; in 88 war die vollständige Aufhebung der Rente, in 83 eine Herabsetzung derselben geplant. Leider kam es nur in 21 Fällen zur Ablehnung dieser vielfach unbegründeten Anträge.

Wie die große Zahl und vor allem die Art der bei den Betriebsbeschäftigten vorgefundenen Mängel ausweist, läßt sich eine wirksame Besserung, d. h.

eine sichtbar zum Ausdruck kommende Herabsetzung der Unfallziffer nur dadurch erreichen, daß die Unfallquellen soweit als möglich immer mehr verstopft werden. Aber durch Verhaltungsmaßregeln allein oder doch zum ausschließlichen Teil an die Adresse der Arbeiter läßt sich das nicht erreichen. Darüber ist sich auch die Berufsgenossenschaft klar. Diese aber glaubt, daß „die unfalltechnischen Fehler nur durch eine ausreichende Aufsicht der Betriebe“ beseitigt werden könne, daß „der Maschinenbau immer mehr dazu veranlaßt werden muß, seine Erzeugnisse so vollkommen auf den Markt zu bringen, daß sie auch den unfalltechnischen Ansprüchen genügen; außerdem müsse dahin gestrebt werden, die Schutzvorrichtungen so einzurichten, daß ihre Benutzung unabhängig vom Willen der Arbeiter ist.“ Die hier bezeichneten Wege mögen zur Verminderung der Unfallziffern mitbeitragen, allein ausschlaggebend werden sie nur dann sein, wenn mit ihnen ein Einhalten der Arbeitsintensität verbunden ist. In diesem Sinne sollte auch die weitere Forderung der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft verstanden werden, nach der die Betriebsunternehmer dafür zu sorgen haben, daß nicht neue Unfallquellen den alten hinzugefügt werden. Leider aber ist es gar nicht im Sinne der Berufsgenossenschaft gelegen, dieser Forderung eine solche weitherzige Auslegung zu geben, obwohl aller Unfallschutz (an Maschinen) aufgehoben erscheint, wenn der Unternehmer den Arbeiter zwingt, ein wahnsinniges Arbeitstempo einzuhalten. Und das geschieht in erster Linie durch schlechtbezahlte Akkordarbeit, die den Arbeiter veranlaßt, mit Aufbietung aller Körperkräfte und vor allem geistigen Anstrengung dem Arbeitsgange zu folgen. Ein wohlorganisiertes Antriebsystem wird allerdings auch beim Stundenarbeiter das gleiche Resultat in unfalltechnischer Beziehung erreichen, womit gesagt sein soll, daß nicht die Akkordarbeit allein die Unfallziffer beeinflusst.

Der Unfallschutz, wir reden noch nicht einmal von einem wirksamen, ist für den Durchschnittsunternehmer nur ein recht unbequemes notwendiges Uebel und dieser Einschätzung tragen die Berufsgenossenschaften als Unternehmervorgängerinnen bereitwilligst Rechnung und sie scheuen sich sogar nicht, dies in aller Öffentlichkeit auszusprechen. So konnte man im Vorjahre im offiziellen Organ des Vereins deutscher Revisions-Ingenieure, in der „Sozial-Technik“ folgende Auslegung des Begriffs „Unfallschutz“ lesen: „Allen Maßnahmen der Ar-

beitgeber zum Schutze der Arbeiter ist insofern eine Grenze gezogen, als der Wettbewerb auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigt werden darf. Ein wirksamer Kampf gegen die Gefahren des Betriebes kann daher nur dann geführt werden, wenn die Bestrebungen des Unternehmers vom Arbeitnehmer durch gewissenhafte Befolgung der gegebenen Vorschriften gefördert werden; nur dann werden sich die Verhältnisse in den Betrieben verbessern, wenn auch der Arbeiter selbst mithilft." Die im Nachsatz wiedergegebenen rabulistischen Redensarten haben einen tieferen Sinn nicht, sie begreifen lediglich die brutale Gefinnung im ersten Satz weniger aufreizend erscheinen zu lassen. Wird doch in diesem mit kurzen bürren Worten ausgesprochen, daß in erster Linie der Profit des Unternehmers berücksichtigt werden muß, daß das geheiligte Interesse am Geldsack berücksichtigt werden muß, ehe an das arbeiterfreundliche, mit dem Unfallschutz sympathisierende gute Unternehmehertz appelliert werden darf. Um so merkwürdiger berührt die im gleichen Artikel der „Sozial-Technik“ an die Arbeiter gerichtete Epistel, in der es heißt: „Es kann von den Arbeitern verlangt werden, daß sie sich der Gefahren der Arbeit bewußt bleiben, vorhandene Schutzvorrichtungen nicht aus Bequemlichkeit entfernen oder unbenutzt lassen und Uebermut und Leichtsinns einzudämmen suchen.“ Wie diese beiden zitierten Äußerungen in Einklang zu bringen sind, das wird wohl das Geheimnis der „Sozial-Technik“ bleiben. Darin stimmen wir mit der genannten Zeitschrift überein, daß wichtiger als die Entschädigung, die Verhütung der Unfälle ist, und daß mehr als die auskömmlichste Entschädigung im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitgeber und -nehmer es liege, daß letztere unverletzt im Besitz ihrer ungeschmälerten Arbeitskraft dem Staat, dem Betriebe, ihren Familien und sich selbst erhalten bleiben.“ Wie jedoch weiter oben und auch in den vorhergehenden Artikeln dargelegt wurde, ist diese Forderung nichts als eine schöne Redensart, gemacht, um über die innere Fäulnis im Wesen unseres Unfallschutzes hinwegzutäuschen. Diese theoretische Auslassung und die praktische Betätigung der Berufsgenossenschaft sind Antipoden und werden es auch bleiben. Nur darf nicht übersehen werden, daß mit einer solchen Stellungnahme nicht nur nichts erreicht wird, sondern, daß mit den tendenziösen, irreführenden, sich vielfach widersprechenden Behauptungen der Berufsgenossenschaft dem Arbeiter, dem Schaffer aller Werte, ein schmällicher Schimpf angetan wird, über den auch Phrasen, wie die letztzitierte Äußerung der „Sozial-Technik“ nicht hinweghelfen. Uebrigens hat das Suchen nach den Unfallursachen erst einen sekundären Wert. Viel wichtiger ist es, die Gefahren gar nicht erst aufkommen zu lassen oder sie von vornherein auszuschalten. Wir wiederholen: Nicht die Verhütung gegen Unfälle, sondern die Verhütung derselben ist humaner, weiser und wirtschaftlicher und muß zum

Siegen für das ganze Gewerbe ausschlagen. Das Ziel der Unfallverhütungstechnik muß darum dahin gehen, Maschinen und Betriebsrichtungen so zu konstruieren, daß durch ihre praktische Verwendung Gefahren für das Leben und für die Gesundheit von Menschen gar nicht eintreten können.

Die in unseren Artikeln dargelegten unbilligen Zustände in bezug auf unseren Unfallschutz sind eine Eigenart der Betriebskonzentration. Je größer ein Betrieb wird, um so zahlreicher sind die Mängel, die ihm anhaften. Diese Feststellung muß auch der Jahresbericht der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft zahlenmäßig erbringen. In Kleinbetrieben (bis 5 beschäftigte Personen) beläuft sich die Höchstzahl der vorgefundenen Mängel auf 30 und zwar für je 5 Betriebe, in Mittelbetrieben (bis 50 beschäftigte Personen) werden als Höchstzahl 80 Mängel erreicht und in Großbetrieben mußten mehrfach 130 (!) Mängel pro Betrieb festgestellt werden.

Bei unseren Erläuterungen über die Unfallgefahren und -Ursachen mußte eins außer Betracht bleiben und das ist der große Verlust, den der Arbeiter und dessen Familie infolge der Unfälle erleiden muß, da die Einkommensverhältnisse während der Dauer des Heilungsprozesses oder während der Inaktivität äußerst reduziert sind. Leider ist ja diese Seite der Sache statistisch nicht zu erfassen, obwohl sie gerade das richtigste Bild von der zerschenden Wirkung der Unfälle abgeben würde. Bescheiden wir uns darum mit dem Vorgebrachten und lassen es an diesem kurzen Hinweis sein. Werdenden haben, das Kapitel, welches aufgezeichnet werden mußte, ist ohnehin ein düsteres genug. Eine wirksame Unfallverhütung ist eine Frage der Kultur. Vom Unternehmer muß verlangt werden, daß er bei der Leitung seines Geschäfts nicht nur den Geldgewinn, sondern auch das Wohlergehen der Arbeiter im Auge hat. Verringert aber wird die Zahl der Unfälle neben der Beachtung des bereits in diesen Artikeln Gesagten auch durch die geistige, technische und sittliche Hebung des Arbeiterstandes und diejenigen, welche sich dieser Aufgabe unterziehen, die Gewerkschaften, gehören zu den wirksamsten Bekämpfern der Unfallgefahren. Die Gewerkschaften bemühen sich in hervorragendem Maße in dieser Richtung, aber was nützt alles, wenn sich der durch sie auf eine höhere Kulturstufe gebrachte Arbeiter gegen niedrige Löhne abheben und seine Arbeit an der gefährbringenden Maschine noch fortsetzen muß, obwohl seine geistige und körperliche Spannkraft bereits nachgelassen hat? Soweit persönliche Ursachen Unfälle verschulden, kommt hierfür jedenfalls die Ausbeutung der menschlichen Dienste durch den Unternehmer in erster Linie in Betracht.

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Ztg.“ wirkt man nicht fort, sondern gibt sie seinen nicht organisierten Nebentollegen.

betont wird, daß auch andere Beschäftigungen ihre eigenen Gefahren und Verursachungen haben: die Gelehrten infolge angestrengter geistiger Tätigkeit, die Beamten infolge ihrer sitzenden Lebensweise und des Aufenthaltes in geschlossenen Räumen usw., und weiter, daß die Gefahren herabgemindert werden könnten durch häufiges Wechseln der Arbeiter und zeitweiser Beschäftigung in minder gefährlichen Abteilungen und Berufen! Als ob es für Arbeiter so leicht wäre, „gesundheitshalber“ die Arbeit zu wechseln. Der eifrige Bekämpfer der Berufskrankheiten der Arbeiter, Prof. Dr. Sommerfeld-Berlin, ist gleichfalls mit zahlreichen verdienstvollen Arbeiten vertreten. Namentlich seine Nachweisungen über die Gefährlichkeit des bei der Arbeit in zahlreichen Berufen entstehenden Staubes, die hier vor breiter Öffentlichkeit demonstriert wird, verdienen größte Anerkennung. Die Wirkungen der Bleibergiftungen, denen außer den Arbeitern der betreffenden Berufe auch das Publikum (durch bleihaltige Glasuren an Töpferwaren, durch stark bleihaltige Gebrauchsgegenstände usw.) ausgesetzt sind, werden gleichfalls demonstriert. Hervorzuheben ist besonders noch die Besichtigung durch die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Berlin-Charlottenburg und durch das Bayerische Arbeitermuseum in München, zwei Institute, deren besondere Aufgabe es ist, alle praktischen Arbeiterwohlvorrichtungen zu sammeln und zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Weiter finden sich hier Ausstellungen von Arbeitern- und Beamtenwohnhäusern, von Werkkolonien, Wohnungsbaubereinen und dergleichen mehr, die eigentlich in die Halle Ansiedelung und Wohnung

Der Parteitag von Jena.

Die deutsche Arbeiterschaft hat wieder eine Tagung von hervorragender Bedeutung hinter sich und alle, die des Staates und Volkes Heil von dem Ausbruch der inneren Meinungsverschiedenheiten der Partei erwarteten, mußten — wie fast immer — enttäuscht abziehen. Die Arbeit der Jenaer Tagung mußte jene enttäuschen, da sich die dort versammelten Vertreter des Ernstes der Stunde voll bewußt waren und die darum Beschlüsse faßten, die in ihrer Mehrzahl bei den politisch organisierten Arbeitern lebhaften Anklang finden werden. Der Parteitag hat vor allem jene Gegner enttäuscht, die sich voller Hoffnungen trugen, die da glaubten, die Wahlschlacht mit den in Jena von uns selbst geschmiedeten Waffen zu schlagen. Diese Hoffnung war vergebens. Wenn auch heißes Blut, hitziges Temperament oft scharfe — allguscharfe Worte fand, das Wohl der Arbeiter steht höher als je etwas und dieses Wohl hatten sie alle im Auge, die da ihre warnende oder kampfanseitige Stimme erhoben. Mit Entschiedenheit und fester Entschlossenheit hat der Parteitag seinen Willen zur absoluten Einheit der Partei zum Ausdruck gebracht in allen Fragen, die gegenwärtig im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Selbstverständlich kamen die Gegensätze zwischen Nord und Süd auch in Jena zur Geltung, aber in allen Punkten, die von Bedeutung für unsere ersten Zeiten sind, da wurden sie zurückgestellt und der Wille der größten deutschen Partei trat voll und wuchtig in Erscheinung. Das betrifft vor allem den energischen Protest, der gegen den Marokkorummel eingelegt wurde. Webers große Rede gegen die Kriegshetze der Marokkointeressenten, in der er mit bewundernswerter Schärfe und in eindringlichster Weise die Gefahren einer Mobilmachung, die alles vernichtenden Wirkungen eines Feldzuges schilderte, fanden nicht nur bei den Kongreßteilnehmern einen mächtigen Widerhall, sie schlug ihre Wellen bis weit über die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle hinaus und erweckten in den Gemütern unserer ausländischen, durch die gleiche Kriegshetze bedrohten Arbeitsgenossen ein lebendiges Echo. Einmütig und geschlossen stellte sich der Parteitag auf die vorgelegte Resolution des Parteivorstandes.

Nicht minder verheißungsvoll gestalteten sich die Dinge bei der Stellungnahme zu den Reichstagswahlen, über die ebenfalls der ewig junge Webel mit durchschlagender Ueberzeugungskraft referierte. In einer großzügigen Weise legte er die Stichwahltaktik fest, so daß der Kampf gegen rechts, gegen Junker und Agrarier, in selten scharfer Manier geführt werden wird. Nachdem der Parteitag in klarer, unverrückbarer Weise Stellung zu den Fragen genommen hat, die das größte Interesse zurzeit erwecken, nachdem er gezeigt hat, daß außerordentlich stark sein Willen zur Macht und sein Kampfesmut ist, da ist es keine Frage mehr: Mehr wie je zuvor regt sich in uns das Bewußtsein, die Zukunft ist

Hygiene.

IV.

Den größten Raum in der Halle „Veruf und Arbeit“ nehmen die industriellen Aussteller ein, dabei überwiegen naturgemäß Einrichtungen, die getroffen sind, um Arbeiter bei Ausübung ihres Berufes vor gesundheitsgefährdenden Einflüssen zu sichern, wie Staubsauganlagen, Ventilationseinrichtungen, Luftbefeuchtungs- und Trockenapparate, Sicherheitsvorrichtungen an Maschinen und dergleichen mehr. Im übrigen finden sich eine Menge Dinge, die nur in sehr losem Zusammenhang mit Hygiene stehen. Ein näheres Eingehen auf diese Dinge erübrigt sich darum. Mehr Beachtung verdient allerdings die wissenschaftliche Abteilung dieser Halle, obgleich von vornherein gesagt werden muß, daß dieser Ausstellungsteil infolge seiner hohen Bedeutung für die Volkswohlfahrt sehr wohl umfangreicher hätte sein können. Namentlich ist dem Klein-gewerbe, dessen Arbeiter oft genug unter den gesundheitswidrigsten Verhältnissen zu leiden haben, viel zu wenig Beachtung geschenkt.

Hervorragend vertreten ist die chemische Industrie. Die zahlreichen Gifte, die in dieser Industrie verarbeitet werden, mit ihren Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter und auch der Allgemeinheit, kommen in ausgiebiger Weise zur Darstellung. Dabei ist aber, trotz des „wissenschaftlichen“ Charakters, die Tendenz unverkennbar, einen großen Teil dieser Gefahren teils als unvermeidlich, teils als nicht so schlimm in ihrer Wirkung darzustellen. Darauf deuten unter anderem einige Tafeln hin, auf denen

gehort. Da es sich aber um sogenannte Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen handelt, mit denen das Unternehmertum so gern prokt, haben sie hier ihren Platz gefunden. Man hatte wahrscheinlich das Bedürfnis, auch elliche „Nichtigkeiten“ im Leben des Arbeiters zu zeigen. Sieht man all diese Modelle, Pläne und Skizzen, so findet der unbefangene Besucher das alles ganz freundlich und nett. Aber man muß bedenken, daß hier die ausgesucht besten Einrichtungen zur Schau gestellt sind. Ward denn nicht schon so oft von dergleichen Arbeiterkolonien nachgewiesen, daß sie ungesund, überbökert und feucht vom Keller bis zum Dachboden waren? Es gibt gerade genugam Werkwohnungen, die alles andere eher denn freundlich und anheimelnd aus-sicheren und denen gegenüber eine großstädtische Mietkaserne das reinste Dorado ist. Die Darstellungen der elenden Behausungen der Wandarbeiter in den Ziegelleien, mit denen der Fabrikarbeiterverband die Ausstellung bescheiden wollte, hätte ein nettes Gegenstück zu diesen Ausstellungsobjekten gegeben.

Die Bestrebungen zur Beschaffung guter Kleinwohnungen sind auch dargestellt in der Halle „Ansiedelung und Wohnung“. Es sind hier namentlich die gemeinnützigen Bauvereine, die Bau-genossenschaften und die diversen Gartenstadtvereine, welche mit Modellen und Plänen für ihre Ideen zu wirken suchen. Wenn man die Menge der Aussteller in Betracht zieht, so müßte man fast glauben, die Wohnungsnot, der man so energisch auf den Leib rückt, sei in Deutschland bald ausgerottet. Doch was bedeuten ein paar hundert Arbeiterwohnungen, die von solchen Genossenschaften gebaut werden, gegenüber

unser! Man kann es sich nicht verjagen, der Meinung zuzustimmen, die ein unabhängiges Berliner Blatt zur Stichwahlstatistik in folgender gewiß allseitig Befall findender Weise äußert: Durch die Stellungnahme des sozialdemokratischen Parteitagcs zu den Stichwahlen ist gewissermaßen die Bahn freigelegt worden für eine freiheitliche Entwicklung unserer innerpolitischen Zustände. Es ist durch sie die Möglichkeit eines Zusammenwirkens von Liberalismus und Sozialdemokratie geschaffen worden, und wenn es nun nicht gelingt, der Reaktion schwere Wunden zu schlagen, so ist dies wahrlich nicht die Schuld der Sozialdemokratie. Durch die Bedingungen, von deren Erfüllung diese die Unterstützung der liberalen Kandidaten bei den Stichwahlen abhängig macht, kann kein auch nur halbwegs liberaler Kandidat sich in seinem Gewissen beschwert fühlen, und da vollends die Stichwahlhilfe ohne jede andere Gegenleistung in bestimmter Aussticht gestellt wird, würde es an Wahrsinn grenzen, wollten vereinzelte liberale Kandidaten sich weigern, die von ihnen geforderten Erklärungen abzugeben. . . . Die Sozialdemokratie hat alles getan, was in ihren Kräften stand, um den Wahlerfolg der Linken zu sichern. Mögen nun die liberalen Parteien das ibrige tun. Wenn sie auch nur die Hälfte der politischen Einsicht besitzen, die in Jena betätigt wurde, so wird über den schwarz-blauen Block ein fürchtbares Strafgericht hereinbrechen, von dem er sich so halb nicht wieder erholen wird. Man sollte daher glauben, daß das freigelegte Bürgergut mit tausend Freuden in die ihm von der deutschen Arbeitererschaft dargebotene Hand einschlagen und auch seinerseits sich frei machen werde von allen engherzigen Vorurteilen, um endlich einmal dem Volk und Vaterland gegenüber seine Bürgerpflicht zu erfüllen. Leider ist die Aussicht, daß dies im vollen Umfange geschehen wird, keineswegs sehr groß. Darüber hat sich auch August Bebel einer Äußerung nicht hingegeben. Trotzdem aber hat er getan, was Pflichtgefühl und Ueberzeugung ihm vorschrieben, und da der Parteitag sich in allen Stücken zu seinen Anschauungen bekannt hat, kann die Sozialdemokratie mit dem denkbar besten Gewissen den kommenden Kämpfen entgegen sehen. —

Die inneren Differenzen, die geeignet schienen, das Werk der Einheit zu stören, kamen — soweit sie überhaupt zur Beratung standen — in einer immerhin erträglichen Weise zur Erledigung.

Zu unserem Bedauern sind wir jedoch nicht in der Lage, unsere kurze Uebersicht über die bemerkenswerthesten Erscheinungen des Parteitages zu schließen, ohne der Frage zu gedenken, deren Erledigung uns eine recht unglückliche dünkt. Dem Parteitag lagen Anträge vor, den Antrag 90 des Nürnberger Parteitages, der die Ausführung eines Tagesbediensteten an den Raifeierfonds denjenigen zur Pflicht macht, die am 1. Mai feiern und einen Lohnausfall nicht erleiden, aufzuheben. Lipski-Keipzig hat in eindrucksvoller Weise auf die Folgeerscheinungen hin-

gewiesen, die der Nürnberger Beschluß in der Praxis zeitigte, zeitigen mußte. Alle Umstände sprachen für die Aufhebung dieses viel angefeindeten Beschlusses. Leider kam es anders. Nicht nur, daß der entsprechende Antrag zur Ablehnung kam, der Nürnberger Beschluß erfuhr noch eine wesentliche Verschärfung dadurch, daß man gegen alle, die ihn nicht achten, das Ausschlussverfahren einleiten will. Es scheint, als wenn das ein ganz verheißtes Beginnen sei und damit nur das Gegenteil von dem erreicht werden dürfte, was bezweckt war. Wenn bis jetzt mancher in Betracht kommende Genosse seinen Beitrag entrichtete, dessen Füßlen nicht in Uebereinstimmung zu bringen ist mit den Zwecken, denen sein Beitrag dienen sollte, dann wird dieser selbe Genosse jetzt, wo die Beistige des Ausschusses ihn zur Entrichtung des Beitrages zwingen will, sich auflehnen gegen solche Zwangsmaßnahmen. Und wenn wir bedenken, daß hierbei nicht einige wenige, sondern hunderte von sonst guten und tätigen Genossen in Betracht kommen, dann will es scheinen, daß diese Verschärfung des Nürnberger Antrages in unglücklicher Stunde zustande gekommen sei. Dieser Beschluß richtet sich vornehmlich neben den in der Arbeiterbewegung selbst Angestellten — von denen ein guter Teil in Folge der trüben Erfahrungen, die er mit der jetzigen Form der Raifeier machen mußte, Gegner derselben geworden ist — gegen die in den Parteibetrieben tätigen Buchdrucker, Buchdruckerhilfsarbeiter und Buchbinder. Gewiß waren schon jetzt weitgehende Differenzen in der Frage der Ausführung des Raibeitrages zutage getreten. Noch mehr aber wird das in Zukunft infolge des obwaltenden Zwanges geschehen und darum sollte die Verschärfung des Nürnberger Beschlusses zu einer nochmaligen Aufrollung der gesamten Raifeierfrage führen. Wenn der Jenaer Beschluß dieses Resultat zeitigt, dann sind auch wir mit ihm zufrieden, ist es doch sehr wahrscheinlich, daß dann mit der Raifeier in der heutigen Form, die keinen Menschen, am allerwenigsten den begeistertsten Anhänger befriedigen kann, gebrochen wird. Wäre der seitherige, ebenfalls unbefriedigende Zustand unbedändert gelassen worden, dann würde sich mancher mit ihm abgefunden haben. Durch die jetzt beschlossene Ausschlussandrohung aber muß sich das Gefühl der eigenen selbständigen Meinung bedrückt fühlen. Die Anwendung der Formel: „Wer sich nicht fügt, der fliegt“, ist kaum unangebracht als wie in der so heiß umstrittenen Raifeierfrage. Darum aber sollten wir uns für berechtigt und im Hinblick auf die Erfahrungen, die der Buchbinderverband mit der Raifeier machen mußte, für verpflichtet, vor einer Ueberstimmung des Jenaer Beschlusses zu warnen. Wir können es keinem Menschen zumuten, für die Raifeier in der heutigen Form, die uns Buchbindern bereits so außerordentliche Opfer kostete, besondere Sympathien zu haben und darum bebauern wir den Jenaer Beschluß in dieser Frage.

schuß für den Bund sächsischer Industrieller errichteten Wohnhäuser für 1, 2 und 4 Familien. Hier finden wir behagliche, ausreichend große Zimmer von guter Raumwirkung, und zwar einfacher, aber gediegener, auch vom künstlerischen Standpunkt einwandfreier Innenausstattung. Soll aber eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals herauskommen und eine die Arbeiter unfrei machende „Böhlstätigkeit“ vermieden werden, so ist für die billigste Wohnung, je nach dem Bodenpreis, 400 bis 450 Mk. Miete zu entrichten. Damit sind diese an sich sehr netten und freundlichen Wohnungen als Arbeiterwohnungen gerichtet.

Anderes ist es bei jenen Versuchen, wo man mehrstöckige Gruppen- und Reihenhäuser errichtet. Dieser Typ stellt gewissermaßen die modernisierte Mietkasernen dar. Die Vorteile jeder großen Anlage, insbesondere Warmwasserleitungen, Zentralheizungen, Badeanlagen und Entstaubungsvorrichtungen usw. können hier verwirklicht werden und sind es teilweise, ohne daß die Mietpreise höher zu sein brauchen, ja trotz dieser Vorzüge teilweise niedriger gestellt werden können, wie in den alten Mietkasernen der Großstädte mit ihren engen Höfen. Zweifellos wird sich auch der Bau von Kleinwohnungen durch Genossenschaften und Vereine, zumal in Städten, in Zukunft auf diese Weise vollziehen, während der Einzelhäuserbau von den Industriellen als Arbeiter-„Böhlfahrts“ einrichtung beibehalten werden wird. Weniger, weil man dem Arbeiter ein gemüthliches eigenes Heim schaffen will, sondern mehr zu dem Zwecke, ihn zu isolieren und an die Scholle zu fesseln, damit er auch fernweh in Unkenntnis seiner

Städtetag und Arbeitslosenfrage.

Unsere theoretischen Ausführungen über die Arbeitslosenversicherung in den Nr. 81 bis 84 sowie 86 und 87 erhalten durch die Verhandlungen des Deutschen Städtetages in Posen eine wertvolle Ergänzung. Wertvoll nicht in dem Sinne, daß diese Verhandlungen besonders fruchttragend gewesen seien. Im Gegenteil. Der nachstehende kritische Bericht über diesen Punkt des Städtetages, in dem wir dem „Vorwärts“ vom 19. d. M. folgen, besagt das Gegenteil.

Bei den letzten Beratungen über die von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern Groß-Berlins gestellten Anträgen betr. Arbeitslosenfürsorge über den Rahmen der bisher üblichen kommunalen Maßnahmen hinaus wurde von bürgerlicher Seite immer wieder auf den bevorstehenden Deutschen Städtetag hingewiesen, auf dessen Tagesordnung diese Angelegenheit gesetzt werden sollte. Auf dem vorge schlagenen Wege, Gelder aus öffentlichen Mitteln für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen, könne nicht weitergeschritten werden, bevor sich die Vertreter der gesamten deutschen Städte damit befaßt haben. Das ist nun auf dem 8. Deutschen Städtetag in Posen am 11. September d. J. geschehen.

Von nahezu 400 Vertretern waren 13 sozialdemokratische, und zwar drei aus Berlin, je einer aus Lichtenberg, Schöneberg, Charlottenburg, Steglitz, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Frankfurt a. M., Mannheim und Karlsruhe. Nur 7 hatten Stimmrecht, die übrigen waren als Gastteilnehmer entsandt, wohl im besonderen wegen des Punktes: „Stellungnahme zur Frage der Arbeitslosenversicherung“.

Der Deutsche Städtetag sollte also gewissermaßen deklarieren, ob in dieser hochwichtigen Frage fortgewurteilt oder in anderer, sozialpolitisch weit-sichtigeren Weise die Arbeitslosenfürsorge betrieben werden müsse; ob das Prinzip der Böhlstätigkeit, der armenrechtliche Charakter bei der von der Kommune geleisteten Geldunterstützung aufrecht zu erhalten oder das Recht auf Unterstützung im Geiste einer gesunden Arbeiterschutzgesetzgebung zu fordern sei. In den dem Deutschen Städtetag unterbreiteten Thesen ist davon so gut wie nichts enthalten, ja von weitgehenden Verpflichtungen der Kommune ist überhaupt nicht die Rede. Und doch mußte unseres Erachtens fördernd gewirkt werden nach all den trüben Erfahrungen im Reich, im besonderen aber in Preußen, dem ausschlaggebenden Bundesstaate, wo an einen ernsthaften Vorstoß auf diesem Gebiete nicht zu denken ist. Hat doch der Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg, der jetzige Reichskanzler, unlängst erst eine Arbeitslosenversicherung glatt abgelehnt.

Es war das Bestreben des ersten Referenten zu diesem Punkt der Tagesordnung auf dem Deutschen Städtetag, des Oberbürgermeisters von Köln, in der objektivsten Weise und von einem höheren sozialpolitischen Gesichtspunkte aus diese Frage zu behandeln. Ganz entgegengesetzt der zweite Referent, der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. Er betonte, objektiv sein zu wollen, seine Objektivität ging aber stören, als er von sozialistischen Theorien sprach: daß die Arbeitslosigkeit keine Eigentümlichkeit des kapitalistischen Zeitalters, wie Marx be-

dem Wohnungselend einer einzigen Großstadt! Der größte Wert dieser Selbsthilfeorganisationen besteht wohl darin, daß sie auf die Gemeinden anfeuernd wirken. Nur durch eine großzügige Tätigkeit der Gemeinden kann der Wohnungsnot gesteuert werden. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, muß der deutsche Arbeiter meist den dritten bis vierten Teil seines Jahresverdienstes dem Hauspacha opfern. Es entsteht beim Studium dieser Ausstellung Zweifel darüber, ob der Bodenwucher nicht noch ärger am Mark des Volkes saugt als der Brotwucher der Sunker. Welche Anstrengungen müssen noch gemacht werden, um nur einen kleinen Teil der Arbeiter den Klauen dieser Ausbeuter zu entreißen! Mit welchen Mitteln suchen nun diese Baugesellschaften ihre Aufgabe zu lösen? Da sehen wir Kolonien errichtet, die vorwiegend oder ausschließlich aus Ein- und Zweifamilienhäusern bestehen. Das Einfamilienhaus ist denn auch vielfach das Ideal des Arbeiters, der sich diesen Baugesellschaften anschließt. Die Ausstellung zeigt aber, daß auf diesem Wege das Problem kaum gelöst werden kann. Das Einfamilienhaus dürfte noch auf lange Zeit hinaus ein Vorrecht der besitzenden Klassen sein, weil eine rationelle Ausnutzung des teureren Grund und Bodens dabei nicht möglich erscheint. Entweder sind die so geschaffenen Wohnungen kleiner als die in den Mietkasernen und vollkommen unzulänglich, wie das Beispiel der Gartenstadt Selteran-Dresden beweist, oder sie sind zwar ausreichend groß und bequem, aber so teuer in der Herstellung, daß von Arbeiterwohnungen dabei nicht geredet werden kann. Das letztere wird bewiesen durch die vom Verein Heimtat-

wahren Interessen ein geüdiges Werkzeug bleibt. Weiterhin bietet diese Halle eine Uebersicht über die Leistungen der Gemeinden auf den Gebieten der Licht- und Wasserversorgung, der Kanalisation, Müllbeseitigung, Straßenreinigung, der Straßendurchbrüche und Aufstellung und Durchführung neuer Bebauungspläne, die Licht und Luft in unsere alten Städte schaffen sollen. Daß insbesondere die Lösung dieser Frage von vielen Städten sehr zu Unrecht solange hinausgeschoben worden ist, beweist u. a. die Ausstellung der Stadt Dortmund. Diese stellt den großzügigen Durchbruch der dortigen Hansastraße durch die alte Stadt im Modell aus, und aus der angegebenen Kostenberechnung geht hervor, daß die Stadt durch Wiederverkauf des gewonnenen wertvollen Baulandes beinahe noch ein feines Geschäft gemacht hat.

Im übrigen wird besonders in dieser Halle die Hygiene der D i e h e n dargestellt. Man braucht nur die unbecuemen, schamlosen Reihenkostellanlagen der großen Fabriken mit den luzuridigen Anlagen gleicher Art in den Wohnungen der Besizenden oder die Mannschafstüber der Bergwerke (mit denen man hier noch prüft!) mit den prachtvollen Luxus-badeanlagen für die oberen Zehntausend zu vergleichen. Von den Wohnungseinrichtungen, die viele tausend Mark kosten, gar nicht zu reden. Auf der einen Seite der denkbar raffinierteste Luxus für die alltäglichen Bedürfnisse des einzelnen, auf der anderen Seite Massenquartiere, Massenabstammungen, für die misera plebs. Das Signum der Klassen-gegenfäße ist der ganzen Ausstellung und dieser Ab-teilung insbesondere aufgedrückt!

hauptet — was gar nicht zutrifft, man lese nur sein Kapitel über die industrielle Mejerbearbeitung —, sondern die klimatischen Verhältnisse seien ausschlaggebend, und darum sollte den Bauarbeitern, die infolge der Witterung im Winter ihrem Berufe nicht nachgehen können, Gelegenheit zum Verriichten anderer Arbeit gegeben werden. Daß damit — und besonders in Krisenzeiten — anderen vielfeicht noch weit bedürftigeren ungelerten und Gelegenheitsarbeitern Arbeit und Verdienst genommen wird, bedachte der Referent nicht. Er vertrat den Standpunkt, daß den freien Gewerkschaften, solange sie sozialdemokratische Tendenzen verfolgen, öffentliche Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden könnten, die ja doch nur zu Agitationszwecken verwendet würden. Ueberhaupt habe niemand ein Recht auf Arbeit in der Kommune, und eine dauernde Unterstützung an Arbeitslose bedeute einen Umsturz der wirtschaftlichen Ordnung!

Den Standpunkt der Massenbewußten Arbeiterschaft vertrat mit aller Deutlichkeit die Genossen Dupont-Berlin, Düwll-Weidenberg, Güttnann-Frankfurt a. M. und Bud-Dresden. Genosse Düwll sollte in einer großzügigen Rede die Arbeitslosenfrage von unserem volkswirtschaftlichen Standpunkte aus auf. Von Düwll und unseren übrigen Rednern wurde rund heraus erklärt, daß die vorliegenden Thesen einen eklatanten Rückschritt in der Arbeitslosenfrage bedeuten und daß die sozialdemokratischen Vertreter in der Kommune infolgedessen um so energischer auf dem bisherigen Wege fortzuschreiten werden. Unsere Forderungen sind ja auf unseren Tagungen, auch internationalen, wiederholt formuliert worden und sie mußten auch auf dem Deutschen Städtetag vertreten werden. Vor kurzem erst beschäftigte sich der Gewerkschaftskongreß in Dresden mit der Arbeitslosenfrage. In der angenommenen Resolution heißt es, daß auf der bewährten Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung eine Reichs-Arbeitslosenversicherung zu organisieren ist, dergestalt, daß das Reich den Gewerkschaften einen Teil der für die Arbeitslosenfürsorge gemachten Aufwendungen zurückvergütet, ohne sie in ihrer freien Selbstverwaltung zu beeinträchtigen. In staatlichen und gemeindlichen Zuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenfürsorge erkennt der Kongreß einen geeigneten Weg zur Verallgemeinerung der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge im Sinne einer reichseinheitlichen Regelung.

Von diesem ist in den Thesen des Deutschen Städtetages nichts enthalten, der Kern ist der, daß „Experimente“ nach dem Genet System sehr zweifelhafter Natur und zur Nachahmung nicht zu empfehlen seien. Und das, was in der Denkschrift der badischen Regierung — ähnlich auch in der der bayrischen — enthalten ist: „so lange nicht von Reichs wegen eine gesetzliche Regelung der Arbeitslosigkeit stattfindet, kann nur durch große Kommunalverbände Vorhilfe getroffen werden“, wird in den Thesen des Städtetages eine Verlegenheitsauskunft genannt, eine viel größere „Verlegenheit“ ist es aber, wenn man, nachdem in der ganzen Kulturwelt die Arbeitslosenfrage nicht nur spruchreif geworden ist, sondern zum positiven Vorgehen gedrängt hat, in den Posener Thesen nichts anderes zu empfehlen weiß, als daß Untersuchungen einzuleiten seien, um sowohl das Versicherungsbedürfnis als die Mittel zu seiner Befriedigung für die einzelnen Gewerbe- und Arbeiterklassen zu ermitteln und festzustellen.

Wir lehnen also zum Ausgangspunkt zurück. Es werden damit nur den Gemeinden neue Schwierigkeiten bereitet, die in der Arbeitslosenfürsorge über das Mittel der Notstandsarbeiten, die sich als völlig unzureichend erwiesen haben, hinausgeschritten sind. Statt Fortschritt also ein neues Gemüts! Diese Thesen zu amendieren wäre nutzlos gewesen, denn der einzige, auch von unseren Genossen unterstützte Antrag Dominicus betr. einheitliche Organisation der paritätischen Arbeitsnachweise für ganz Deutschland wurde nicht mal sehr freundlich aufgenommen. Es wurde erklärt: Derartige aus dem Handgelenk gestellte Anträge könne man sachlich nicht diskutieren. Die Diskussion auf diesen Städtetagen ist traditionell überhaupt eine sehr beschränkte; nur durch das Eingreifen unserer Genossen wurden die Teilnehmer des Städtetages in Rosen veranlaßt, weit über die festgesetzte Tagungszeit hinaus sich mit einer der wichtigsten sozialpolitischen Fragen der Neuzeit zu befassen.

Die Thesen wurden gegen einige Stimmen angenommen, ferner wurde einstimmig beschlossen, eine Petition im Sinne des Antrages Dominicus betr. Regelung der Arbeitslosenversicherung durch Reichsgesetz an Bundesrat und Reichstag zu entsenden. Das ist der einzige „positive“ Erfolg des Deutschen Städtetages in Rosen in der Arbeitslosenfrage!

Aus unserem Beruf.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Die nachfolgenden Angaben über die Quellen der Unfälle in unserem Gewerbe geben eine wertvolle Ergänzung der in den letzten Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ zum Abdruck gebrachten Artikel über die Maschinenarbeit und deren Folgen, zeigen sie uns doch im einzelnen, an welchen Maschinen sich vorwiegend Unfälle ereignen. Allgemein wird angenommen, daß unsere Schneidemaschinen die gefährlichsten Maschinen in unserem Gewerbe seien. Statistische Aufzeichnungen belegen, daß dies eine irrige Ansicht ist, daß vielmehr durch Pressen und Stangen noch mehr Unfälle herbeigeführt werden. Für das letzte Jahrzehnt sind 3641 Unfälle (davon 885 entschädigungspflichtige) an Pressen und Stangen erfolgt, an Schneidemaschinen dagegen 1949 (325 entschädigungspflichtige). An Riechhebel- und einfachen Hebelpressen wurden im Jahre 1910 122 Unfälle angemeldet (27 entschädigungspflichtige). Von diesen wurden 49 männliche und 73 weibliche Personen betroffen, davon jugendliche beiderlei Geschlechts 11. Diese Unfälle ereigneten sich durch Nachgreifen beim Arbeiten vorwiegend an Dampfpressen, durch Reittagen während des Ganges der Maschinen, durch Liegedrucke und durch Verletzung Vorübergehender durch den Presshangel. Durch Schneidemaschinen wurden 474 Unfälle verursacht, davon 93 entschädigungspflichtige. Davon kommen auf Papp- oder Kartonierern 49 (5)*. Hier ist die Unfallquelle fast ausnahmslos das Messer. Nur in wenigen Fällen entstanden Quetschungen durch den Pressbalken oder andere Maschinenteile. In 11 Fällen wurden jugendliche Personen betroffen. An Querschneidemaschinen waren 16 Unfälle (8) angemeldet, die ihrer Entstehung meistens dem Greifen zwischen beide Messer verdanken, womit der teilweise oder gänzliche Verlust eines oder mehrerer Finger verbunden zu sein pflegt. 3 Unfälle entfielen auf jugendliche Personen. An Hebel- und Schneidemaschinen (Drückern) erfolgten 18 Unfälle (3). In 15 Fällen war das Messer die Quelle, in einem Falle der Pressbalken und in vier der Handhebel, dessen Sicherung gegen etwaiges Herabfallen anscheinend noch recht wenig Wert beigelegt wird. An Papier- und Schneidemaschinen mit Räderantrieb, der am zahlreichsten vertretenen Maschinenart, wurden 76 Unfälle (10) angemeldet und davon 68 männliche und 8 weibliche Personen betroffen, jugendliche 6! Als spezielle Unfallquelle werden genannt: unvorsichtiges Gantieren in der Nähe des Messers, oder durch Einsetzen und Herausnehmen desselben, durch sorgloses Hineingreifen in Vertiefungen oder Schlitze vor allem am Messerbalken, durch Zahnräder, durch den Schnittanheber, durch die Schmutzradturkel, den Pressbalken usw. An den genannten Maschinenteilen mangelt es noch immer an der erforderlichen Abschätzung, resp. an einer richtigen und vollkommenen Ausführung des Schutzes. Kreismesserscheren und Risemaschinen verursachten 59 Unfälle (5). In neun Fällen wurden jugendliche Personen betroffen, in 26 männliche und in 33 weibliche. Die Veranlassung waren vor allem die Messer; Zuführungswalzen und Zahnräder kommen erst in zweiter Linie. An Stangen usw. ereigneten sich 256 Unfälle (62). Betroffen wurden 102 männliche, 154 weibliche Personen und 57 (11) Jugendliche. Auch hier ist als Ursache das Nachgreifen in erster Linie anzusehen, außerdem bildet auch das Messer eine erhebliche Gefahrenquelle. An Gestmaschinen ereigneten sich 214 Unfälle (11) und zwar fast ausschließlich an Drahtbestmaschinen, die 203 (11) verursachten. Die Verletzungen betrafen mit nur sechs Ausnahmen sämtlich die Finger. Betroffen wurden 46 männliche und 157 weibliche Personen, darunter 35 jugendliche. Die 11 durch Federn gestrichelten herbeigeführten Unfälle brachten nur Fingerverletzungen.

Die vorgenannten Maschinenarten riefen die größte Anzahl von Unfällen hervor. Außerdem sind noch zu verzeichnen Unfälle an Spindlen- und Weirmaschinen (37 resp. 4), Gülfenwickel- und Gülfenpoliermaschinen (26 resp. 3), Staudmaschinen (65 resp. 15), Kartonnagenzusammensetzmaschinen, Seiten-Weklebemaschinen, Faltstichtellblemmaschinen,

* Die Zahl in Klammern gibt die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle an.

Anleimmaschinen, Pappenfräsmaschinen, Desenc'nefchmaschinen, Lederhäufmaschinen, Falzmaschinen, Rundmachmaschinen, Liniiermaschinen und noch sonstige Buchbindereimaschinen. Man sieht, die Liste ist lang und sie umfaßt wohl alle in unserem Gewerbe gebräuchlichen Maschinenarten.

Wo werden unsere Verbandsinteressen gewahrt?

Vorbildliche Agitationsarbeit leisten unsere Mitglieder in Dresden. Vor wenigen Wochen ist von unserem dortigen Bevollmächtigten, dem Kollegen Lange, ein Referentenführer ausgearbeitet worden, der für die in der Agitation stehenden Mitglieder Anhaltspunkte für ein kurzes Referat bietet. Wer die Unterlage benutzt, braucht sich selbstverständlich nicht streng an diese zu halten, es ist vielmehr dem einzelnen Naturell Gelegenheit genügend geboten, seinem speziellen Gedankengang zu folgen. Ein Fragebogen über Besuch der Versammlung, Organisationszugehörigkeit, Erfolg der Versammlung usw., der vom Versammlungsleiter und vom Referenten nach Schluß der Versammlung ausgefüllt wird, gibt am Quartalschluß eine genaue Uebersicht über die geleistete Arbeit und deren Resultate. Ein jeht verbreitetes Flugblatt, welches zu einer Versammlung einladet, vervollständigt das gute Bild, das die Dresdener Agitationsarbeit bietet.

Heimarbeiter.

Unsere Zahlstelle Leipzig hat jetzt in hohem Maße mit Heimfalgnerinnen zu rechnen, die sich, wohl aus Unkenntnis der Verhältnisse mit geringeren als den tariflichen Löhnen zufrieden geben. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, erscheint seit einiger Zeit in kurzen Zwischenräumen in der „Leipziger Volkszeitung“ ein Inserat, in dem es heißt:

Achtung, Heimfalgnerinnen! Eine Anzahl Buchbinder- und Buchdruckereifirmen versucht, das Falzen von Bogen an Heimarbeiterinnen zu vergeben, ohne indessen diese Arbeit nach den Bestimmungen des neuen Tarifs zu bezahlen, obwohl in letzterem ausdrücklich gesagt wird, daß Heimarbeiter ebenfalls genau nach dem neuen Tarife zu entlohnen ist.

Solche Arbeit wird aus Unkenntnis auch vielfach von Frauen und Töchtern gewerkschaftlich und politisch organisierter Arbeiter geleistet.

Wir verweisen deshalb darauf, daß wir es als Pflicht jeder Heimarbeiterin betrachten müssen, für angebotene Arbeit den Tarifpreis zu verlangen, wie wir weiter auch von dem Solidaritätsgesühl der in Frage kommenden Arbeiter erwarten, daß sie die Arbeiten ihrer Frauen und Töchter auf den Tarifpreis und auch darauf prüfen, ob diese Arbeit für tariftreue Firmen geleistet wird.

Kurze Auszüge aus dem Tarife, die Falzpreise betr., sind im Bureau des Deutschen Buchbinderverbandes, Leipzig-R., Grenzstr. 24, I., unentgeltlich zu entnehmen, ebenso wird daselbst Auskunft über tariftreue Firmen erteilt.

Deutscher Buchbinderverband (Zahlstelle Leipzig). NB. Alle Leser der Volkszeitung werden gebeten, ihnen bekannte Heimfalgnerinnen auf dieses Inserat aufmerksam zu machen und deren genaue Adressen bei uns einzureichen.

Wir werden nicht fehlgehen in der Annahme, daß auch unseren Verbandsmitgliedern manche Heimfalgnerin bekannt ist. Es ist notwendig, daß die Adressen solcher auf dem Bureau gemeldet werden, um in jedem einzelnen Falle für die Betroffenen tarifliche Bezahlung zu erreichen. Unser Tarif muß eingehalten werden, danach muß ein jeder handeln.

Die Anfahrtskartenindustrie.

findet für ihre Erzeugnisse bei weitem nicht mehr so viele Abnehmer wie in früheren Jahren. In den ersten sieben Monaten 1911 betrug die Ausfuhr 19 133 Doppelzentner, das sind 2190 weniger als im Vorjahre. Dem Werte nach ergibt sich ein Rückgang von 7,68 auf 7,47 Millionen Mark. In den ersten sieben Monaten 1907 bis 1911 betrug die Ausfuhr in Doppelzentnern:

Jan.-Juli	1907	1908	1909	1910	1911
Ausfuhr	88 993	90 074	83 502	21 828	19 133
Differenz		-7950	+2528	-12 179	-2190

Den stärksten Rückgang brachten die Jahre 1910 mit 12 179 Doppelzentner und 1908 mit 7959 Doppelzentner. Die Verminberung der Ausfuhr ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß sich die Absatzverhältnisse am amerikanischen Markt bedeutend verschlechtert haben. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten ist von 20 033 Doppelzentner im Jahre 1907

auf 5940 Doppelzentner in diesem Jahre zurückgegangen. Nach Großbritannien wurden nur noch 2755 Doppelzentner ausgeführt gegen 6968 Doppelzentner in den ersten sieben Monaten 1907. Wesentliche Zunahmen zeigt nur die Ausfuhr nach Oesterreich-Ungarn, den Niederlanden und Rußland.

Zwei Anregungen.

Bekanntlich wurde auf den verschiedenen Verbandstagen sämtlicher graphischer Organisationen das Für und Wider eines Zusammenchlusses zu einem graphischen Industrieverband lebhaft erörtert, doch ist der Gedanke bis auf weiteres wieder verlagert worden, obgleich es nicht jedermanns Sache sein kann, die zurzeit gemachten Einwände als stichhaltig anzuerkennen. Tatsache ist es, daß alle die in Betracht kommenden Organisationen in jeder Beziehung leistungsfähig sind, und es ist ein Umstand, diese mit den früheren kleineren Verbänden, welche im Metall- und Holzarbeiterverband aufgegangen sind, zu vergleichen. Aber auch heute kann uns die gegenseitige Solidarität nur Vorteile bringen, indem wir, wo nur angängig, gegenseitig darauf hinarbeiten, daß auch der letzte Mann den graphischen Organisationen zugeführt wird. Bekanntlich gibt es eine Menge Betriebe, wo es z. B. unserem Verband nicht immer möglich ist, die Kollegen und Kolleginnen auf ihre Organisationszugehörigkeit zu prüfen. So ist es beispielsweise in Buch- und Steinbrudereien vielfach der Fall. Jahrelang arbeitet das Personal manchmal zusammen, ohne sich zu vergewissern, ob der in der Nebenabteilung des Betriebes beschäftigte Arbeitsgenosse organisiert ist oder nicht. Es wäre deshalb notwendig, wenn zumal in kleineren Buch- und Steinbrudereien, wo infolge des kleinen Buchbinderpersonals kein Vertrauensmann fungiert, dem jeweiligen Vertrauensmann des Buch- beziehungsweise Steinbruderverbandes die Aufgabe zufiele, den in der Buchbinderei und zumeist in einem und demselben Raum Beschäftigten das Klassenbewußtsein zu stärken und diese für unsere Organisation zu gewinnen.

Bei dem diesjährigen Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe ist es aber unbedingt nötig, daß eine Bestimmung geschaffen wird, nach der das Drucker- und Hilfspersonal keine Buchbinderarbeit, gleichviel welcher Art es sei, leisten darf. Damit würde unserem Berufe außerordentlich viel genützt, denn in vielen Buch- und Steinbrudereien ist das Hilfspersonal während des Zurichtens oder wenn sonst die Maschinen still stehen, mit Arbeiten beschäftigt, die von unseren Kollegen und Kolleginnen gemacht werden müßten. Wäre es umgekehrt, daß Buchbinder in die Arbeiten des Druckerpersonals eingreifen, dann könnten wir versichert sein, daß eine solche allerdings entgegengesetzte Bestimmung im Buchdruckerarif längst Platz gegriffen hätte.

Es liegt nun in der Hand der in Betracht kommenden Vorstände, meine Zeilen zu beachten.

Walter Sieber.

Nachschrift der Red.: Durch die Veröffentlichung der gewiß gut gemeinten Anregungen des Kollegen Sieber soll nicht zum Ausdruck gebracht sein, daß sich die Redaktion mit diesen identifiziert. Wir halten beide, im Gegenteil für undurchführbar. Das kann doch heute wohl nur noch in Ausnahmefällen zutreffen, daß die Organisationszugehörigkeit trotz jahrelanger Zusammenarbeitens nicht bekannt wird. Und wo dies doch der Fall sein sollte, da wird denn auch eine papierene Verpflichtung zum Agitieren für eine fremde Organisation nichts fruchten. Daß die Buchdrucker eine Bestimmung in ihren Tarif aufnehmen, wie vom Kollegen S. gewünscht wird, kann man denen im Ernst selbstverständlich ebenfalls nicht zumuten. Kollege S. will gewiß auch in diesem Falle nur Auswüchse treffen, aber da gibt es noch andere Wege genügen, um diesen abzuwehren.

Korrespondenzen.

Buchbinder und Kartonnagenarbeiter haben sich vor Annahme von Arbeit nach **Riel, Chemnitz, Zürich (Schweiz), Freiburg (Schweiz) und Genf (Schweiz)** bei den örtlichen Bevollmächtigten nach den bestehenden Verhältnissen zu erkundigen.

In **Belgrad (Serbien)** streifen die Buchbinder und Kartonnagenarbeiter der Firma **Milan Waper**. Zugang ist fernzuhalten.

In **Lemberg (Galizien)** steht das Personal einer Firma im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

In **Wien**, seit dem 9. September streifen 92 Chausseur von 20 Betrieben. 6 Betriebe mit 50 Arbeitern bewilligten die Forderungen. Auch die wenigen Unorganisierten schlossen sich dem Streik an.

M.-Gladbach. Der Streik der Goldschmittmacher bei der Firma **M. Riffarth** ist noch nicht beendet. Kurz vor Mediationschluß erhalten wir jedoch auffällende Mitteilungen über denselben, die uns zwingen, in nächster Nummer einiges zu diesem Streik zu sagen.

Berlin. Am 15. September hielten die **Pontobucharbeiter und Arbeiterinnen** eine Branchenversammlung ab, in der Bericht über die Verhandlungen mit der Vereinigung Berliner Buchbinderereibesitzer des Geschäftsbücherfaches erstattet wurde. Aus dem Bericht geht hervor, daß, nachdem der Tarif am 31. Mai unter Ueberwindung eines Entwurfs zu einem neuen Tarifvertrag gefündigt wurde, die Fabrikanten zuvor drei Bedingungen akzeptiert verlangen. Diese sind: gleiche Arbeitszeit wie im Buchdruckerarif, fünfjährige Vertragsdauer und Ablaufstermin 31. Dezember 1916. Die Arbeitnehmer lehnten die Annahme dieser Bedingungen ab. Daraufhin arbeiteten die Fabrikanten einen Tarif aus, den sie den Arbeitnehmern zu stellten. In diesem Tarif waren auch diese drei Punkte enthalten, von welchen nach den mehrfach abgegebenen Erklärungen die Fabrikanten nicht abgehen wollen. Das Merkwürdige an den Verhandlungen war, daß sie sich diesmal nicht auf die Forderungen der Arbeitnehmer, sondern vielmehr auf die der Arbeitgeber bezogen. Ihre Vertreter erklärten auch selbst von Anfang an, daß sie in den elf Jahren, die das Tarifverhältnis in der Branche besteht, von den Arbeitern das Fordernde gelernt hätten. Ihre „Forderungen“ hatten die Fabrikanten nun in Form eines Tarifentwurfs vorgelegt. In der Hauptsache erstreckten sich die Verhandlungen auf die festzulegende Arbeitszeit, auf die Dauer und auf den Ablaufstermin des neuen Tarifvertrages. Was die Arbeitszeit und die Tarifdauer betrifft, kamen die Vertreter der beiden Parteien wohl auf den Weg, der zu einer Versöhnung führen konnte, die Verhandlungen scheiterten jedoch an der Forderung der Fabrikanten, den Ablaufstermin auf den 31. Dezember 1916 festzusetzen. Sie behaupteten, daß sie eigentlich selbst bei diesem Termin die Leittragenden seien, da gerade in den Monaten Januar und Februar die meiste Beschäftigung vorhanden sei. Im Jahre 1909 sind sie offenbar anderer Meinung gewesen, denn damals verlangten sie in einer Eingabe an den Bundesrat, daß ihnen für die letzten drei Monate im Jahre das Recht eines Saisongewerbes eingeräumt werden möge, die Arbeitszeit der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter länger auszu dehnen, als es im allgemeinen zulässig ist. Die Arbeitnehmer sind aber noch jetzt der Meinung, daß das letzte Vierteljahr die beste Geschäftszeit der Geschäftsbuchindustrie Berlins ist, und hielten deshalb an dem alten Ablaufstermin, den 30. September, fest. Aber die Fabrikanten wollten mit aller Gewalt die „Leittragenden“ sein und erklärten, daß sie an dieser Frage die Verhandlungen scheitern lassen müßten. Erklärte sich die bevorstehende Versammlung der Arbeitnehmer nicht mit dem 31. Dezember einverstanden, dann seien weitere Verhandlungen gänzlich zwecklos. Im übrigen hatten die Fabrikanten hierzu noch eine Ausnahmebestimmung vorgeschlagen, wonach die Tarifkündigung auch am 31. Dezember 1915 zulässig sein und der Tarifvertrag in diesem Fall am 30. Juni 1916 ablaufen sollte, das heißt am selben Datum, wo in Berlin, Leipzig und Stuttgart der allgemeine Buchbinderarif und nebenbei auch der im vorigen Jahre abgeschlossene Tarifvertrag der Geschäftsbuchbranche in Hannover abläuft. Der Zweck einer solchen Ausnahmebestimmung war ja von vornherein klar: die Unternehmer wollten sich die Gelegenheit schaffen, den Buchbinderverband im Sommer 1916 vor einen möglichst großen Kampf zu stellen. Die Vertreter der Fabrikanten verzichteten allerdings im Laufe der Verhandlungen auf jene Ausnahmebestimmung. Ihr Tarifentwurf enthält aber ferner in den Bestimmungen über die Minimallohne für einzelne Gruppen statt Lohnerhöhungen, wie sie doch bei der steigenden Teuerung dringend notwendig erscheinen müßten, **Lohnsätze von 10 bis zu 50 Pf.** die Woche, für andere Gruppen allerdings auch Lohnzulagen, die aber sehr gering sind. Die Fabrikanten schlagen auch eine Revision der **Abordtarife** vor, und zwar unter der Bedingung, daß Preiserhöhung nur für die Arbeiten verlangt werden kann, bei denen es nicht möglich ist, 10 Proz. über den Minimallohn oder 60 Pf. für Arbeiter, 40 Pf. für Arbeiterinnen zu verdienen, und daß andererseits von den Fabrikanten Preisherabsetzungen nur verlangt werden können, wenn mehr als 75 Pf. oder, von Arbeiterinnen, mehr als 50 Pf. die Stunde verdient werden. Diese Sätze sollen also offenbar als das Höchste gelten, was bei Anspannung aller Kräfte verdient werden darf.

Die Berichterstatterin, welche klar übernommen hatte, geschah rein sachlich, wie die Verhandlungen

verlaufen waren. Es wurde den außerordentlich zahlreich erschienenen Branchenangehörigen überlassen, die Lage zu beurteilen und die Entscheidung zu treffen, es wurde aber darauf aufmerksam gemacht, daß es bei Ablehnung des von den Fabrikanten verlangten Ablaufstermins nicht möglich sein werde, auf friedlichem Wege zu einem annehmbaren Tarifvertrag zu kommen. — In der lebhaften Diskussion sprachen alle Redner sich entschieden für Ablehnung der Arbeitgeberforderung aus, und auch im übrigen trat eine starke Empörung über die Tarifvorschläge der Fabrikanten zutage.

Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„Die am 15. 9. 1911 in den **Rustertälern** tagende Versammlung aller in der Geschäftsbuchindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von den gepflogenen Verhandlungen und den Abbruch derselben.

Die Versammelten beurteilen auf das Schärfste das Verhalten der Vereinigung Berliner Buchbinderereibesitzer des Geschäftsbücherfaches und erblicken in dem Ablaufstermin eine für spätere Zeiten anzuwendende Waffe der Fabrikantenvereinigung gegen die Arbeiterschaft.

Die Versammelten erklären, am 30. September als Ablaufstermin unter allen Umständen festzuhalten und verpflichten sich, mit aller Kraft dafür einzutreten. Sie fordern die Lohnkommission auf, die geeigneten Schritte zur Führung des Kampfes zu unternehmen.“

Im zweiten Punkt der Tagesordnung, Stellungnahme zur gegenwärtigen Situation, der ja eigentlich schon durch die Annahme der Resolution erledigt war, gab **Klar** bekannt, daß die Branchenleitung schon über die notwendigen Maßnahmen einig sei und rechtzeitig damit hervortreten werde. — Sodann hielt der Verbandsvorsitzende **Kloth** eine Ansprache und führte unter anderem aus, daß der Verbandsvorstand mit dem Vorgehen der Branche durchaus einverstanden sei. Wenn auch das Bestreben des Verbandsvorstandes immer darauf gerichtet sei, wenn irgend möglich auf friedlichem Wege zu den notwendigen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kommen, so habe sich doch hier in diesem Falle gezeigt, und zwar von Anfang an, daß die Fabrikanten der Geschäftsbuchbranche nicht dafür zu haben sind, so daß der Kampf unvermeidlich würde.

Die nachfolgenden Diskussionsredner sprachen sich sehr befriedigt über die durch **Kloth** zum Ausdruck gelangte Stellung des Verbandsvorstandes aus. Nachdem das Verlangen zum Ausdruck gekommen war, jede Ueberstunden zu verweigern, wurde die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die Bewegung und die Organisation geschlossen.

Barmen-Elberfeld. Am Sonntag, den 17. September, tagte im Hotel **Hegeliich**, Barmen, eine außerordentliche Mitgliederversammlung der **Zahlstelle Barmen-Elberfeld** unseres Verbandes und des **christlichen Verbandes**, die sich mit dem von den Tarifkommissionen ausgearbeiteten Tarifentwurf beschäftigte. **Kollege Groenhoff** referierte. Er führte zunächst aus, daß am 25. Juni eine Versammlung unseres Verbandes stattfand, welche eine Tarifkommission wählte und diese beauftragte, einen neuen Tarifentwurf auszuarbeiten, nachdem beschlossen war, den alten Tarif zu kündigen. Die Kündigung des Tarifes erfolgte rechtzeitig seitens des Vorstandes und unabhängig davon kündigte auch der **christliche Verband** den Tarif, an welchem er als Kontrahent beteiligt ist. Die Kommission unseres Verbandes arbeitete nun selbständig einen neuen Tarifentwurf aus. Es waren dazu eine große Reihe von Sitzungen nötig und oft gingen die Ansichten weit auseinander über das, was notwendig sei zu fordern und über das, was man erreichbar ansehen darf. Als man aber fertig war und nun mit der Tarifkommission des **christlichen Verbandes** zusammentrat, stellte sich heraus, daß diese sachlich dieselben Forderungen aufgestellt hatten und nur noch einige redaktionelle Unterschiede vorhanden waren, über die man sich bald einigen konnte. Es ist also wohl mit Recht anzunehmen, daß die Vorlage der nunmehr vereinigten Tarifkommission beider Verbände das richtige darstellen würde, was man angesichts der teuren Lebensverhältnisse unbedingt fordern müsse und was man andererseits auch wohl ohne größere Schwierigkeiten in den Verhandlungen herauszuholen hoffe. Die Kommission, welche aus den Vertretern der bedeutendsten Betriebe und der beteiligten Branchen zusammengefaßt ist, hat sich von den Gesichtspunkten leiten lassen, nicht mit übertriebenen Forderungen an die Prinzipale heranzutreten, in der Voraussetzung, daß doch abgehandelt wird. Es ist das eine große Organisation unwürdig. Andererseits glaube aber die Kommission den gesteigerten Anforderungen an das Leben Rechnung tragen zu müssen. Daher sind die Lohnpositionen so gestellt worden, daß sie als Mini-

malldöhne das darstellen, was unbedingt nötig ist und den Tarifen der Nachbarstädte entspricht.

Sodann gab Groenhoff den Tarifentwurf bekannt. Wir heben die wichtigsten Punkte desselben hervor.

Die Gehilfenlöhne fangen mit 21 M. an, sollen im 2. und 3. Gehilfenjahre 24 M., im 4. Gehilfenjahre 26 M. und den folgenden Jahren 28 M. betragen. Für Spezialarbeiter werden 30 M. verlangt.

Die Löhne der Hilfsarbeiter, welche ein Jahr im Verufe tätig und 16 Jahre alt sind, sollen 14 M. betragen, halbjährlich um 1 M. steigend, bis mit 21 Jahren 21 M. erreicht sind.

Für die Arbeiterinnen werden ebenfalls wieder Minimallöhne gefordert, beginnend mit 7,50 M. und halbjährlich steigend um 1 M., bis 17 M. erreicht sind.

Ferner wird eine 10prozentige Lohnerhöhung gefordert für solche, welche den Minimallohn schon haben. Ebenfalls wird eine bessere Bezahlung für Ueberstunden gefordert, sowie Ferien von drei Tagen, steigend bis zu einer Woche, je nach Dauer der Beschäftigung.

Kollege Groenhoff wies darauf hin, daß die Kommission sich nach langen Verhandlungen einig geworden ist, diesen Entwurf den Mitgliedern gegenüber, sowie vor allem auch nach außen hin und den Prinzipalen gegenüber vertreten zu wollen. Er hat um eine ruhige und sachliche Diskussion über den Entwurf. Alle etwaigen Einwendungen, weitergehende Forderungen usw. sind in der Kommission schon so gründlich diskutiert worden, daß es wohl ausgeschlossen erscheint, noch irgendwelche neue Argumente, die nicht schon erwogen wurden, vorzubringen. Er bat daher um möglichst einstimmige und unbedingte Annahme der Vorlage. Die Kommission ist sich bewußt, ein großes Stück Arbeit geleistet zu haben, aber diese Arbeit ist nur ein Kinderpiel gegenüber den bevorstehenden Aufgaben. Diese Aufgaben können nur dann erfüllt werden, wenn die Kollegenchaft einmütig und geschlossen zusammensteht. Die allgemeine Notlage, die Verteuerung aller Lebensbedürfnisse, die falsche Sozialpolitik, die ständige Steigerung der direkten und indirekten Steuern, hat weiten und indifferenten Kollegenkreisen die Augen geöffnet und sie zum Anschluß an die Organisation veranlaßt. Aber schon drohen wiederum neue Belastungen des Volkes und dem neu zu wählenden Reichstag sind in dieser Hinsicht schon wieder neue Aufgaben zugewiesen, welche eine weitere Belastung bedürftigen lassen. Die Tarifkommission ist sich darin einig, daß in der bevorstehenden Lohnbewegung die frei organisierten mit den christlich organisierten Kollegen fest zusammenhalten und den gemeinsamen wirtschaftlichen Kampf auch gemeinsam durchzuführen müssen, unbeschadet ihrer sonstigen Anschauungen. Die Tatsache, daß beide Kommissionen unabhängig voneinander zu übereinstimmenden Forderungen kamen, ist wohl der beste Beweis für die Berechtigung unserer Forderungen, und daß die Tarifkommission sich bei Aufstellung des Entwurfs auf dem rechten Weg befindet, sie ersucht daher um Annahme des Tarifentwurfes.

Es entspann sich nun eine recht lebhaft Generaldiskussion über den Tarifentwurf, wobei die meisten Redner aus der Mitte der Versammlung sich auf den Standpunkt stellten, daß die Forderungen oder einzelne derselben nicht weit genug gehen. Die Mitglieder der Tarifkommission vertreten demgegenüber ihren Standpunkt. Nach längerer Generaldiskussion wurde eine Beratung der einzelnen Punkte borgenommen. Auch hierbei gab es noch eine recht lebhaft Diskussion. Schließlich stellte sich aber die Mehrheit der sehr stark besuchten Versammlung auf den Standpunkt der Tarifkommission und fand der Entwurf dann Annahme.

Von den verschiedensten Rednern, so von den Kollegen Bergmann, Sundermann, Lange u. a., wurde dann noch auf die Agitation und auf den Versammlungsbesuch in den Zahlstellenversammlungen hingewiesen. Hornbach, Zentralvorsitzender vom christlichen Verband, warnte davor, die Sache auf die leichte Achsel zu nehmen, denn auch in unserem Verufe seien die Schwarzmacher im Arbeitgeberlager an der Arbeit, vor allen der sattsam bekannte Herr Raße aus M.-Glabach, der überall seine Hand im Spiel habe und sich dazwischen mische, wo nur irgendwie Konflikte zwischen Unternehmern und Arbeitern drohen. In seinem Schlußwort hob Kollege Groenhoff zunächst hervor, daß nuncmehr die Tarifkommission den Tarifentwurf einer redaktionellen Durchsicht unterziehen und ihn dann drucken lassen würde. Nachdem würde er der Prinzipalorganisation und den einzelnen nicht angeschlossenen Firmen mit einem entsprechenden Begleitschreiben zugehen. Sodann wies er darauf hin, daß die bisherige Agitation reiche Früchte gebracht habe und der Zahlstelle Varnen-

Elberfeld unseres Verbandes den Mitgliederbestand mehr als verdoppelt. Aber das ist nicht genug. Namentlich in der Kartonnagenbranche stehen noch sehr viele indifferente Kollegen und Kolleginnen abseits. Sie zu gewinnen, muß unsere Aufgabe sein, damit auch für diese Branche bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse und eine Tariggemeinschaft erzielt werden kann. Weiter aber gilt es, die vielen neuen Mitglieder auch zu wirklichen zielbewußten Kämpfern zu erziehen. Dazu ist Aufklärung und Wehrung nötig, weshalb der Versammlungsbesuch besser gepflegt und ein regerer werden muß. Groenhoff schloß mit dem Wunsch, daß die Tarifbewegung einen guten Verlauf nehmen möge. Darauf schloß der Vorsitzende, Kollege Grefstah, die sehr gut besuchte Versammlung, zu der nur Mitglieder gegen Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches Zutritt hatten.

Stöhen. Die am 7. September stattgefundene Versammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Gründung einer Zahlstelle. In verständigster Weise erläuterte Kollege Enke-Eisenberg die Zweckmäßigkeit der Gründung sowie die Arbeiten, die in einer solchen zu verrichten sind. Hierauf wurde beschlossen, die Gründung zu vollziehen. Aus den Wahlen gingen folgende Kollegen hervor: Als Vorsitzender Normann, Kassierer Plötner, Schriftführer Hoffmann und als Revisoren Pabst und Schmiedl. Nach Erledigung interner Angelegenheiten berührte Kollege Enke zum Schluß der gut besuchten Versammlung unsere wirtschaftliche sowie die politische Lage. Er wies darauf hin, daß durch unsere Organisation den Arbeitern von Stöhen etwas mehr Aufklärung gegeben werden kann als bisher und erläuterte den guten Zweck, den die freien Gewerkschaften haben.

Arnstadt i. Th. Unsere außerordentliche Generalversammlung vom 9. September war leider nur von 12 Kollegen besucht. Da der 2. Vorsitzende und der Schriftführer den hiesigen Ort verlassen, machte sich eine Ersatzwahl notwendig. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Walfert und als Schriftführer Kollege Merlund gewählt. Weiter wurde beschlossen, den Lokalbeitrag von 5 auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen. Die übrigen Punkte mußten wegen schlechten Besuches zurückgestellt werden. Sehr zu bedauern ist es, daß trotz der ersten Zeiten ein Teil der Kollegen und Kolleginnen ihre schlechte Lage nicht erkennen kann und infolgedessen die Versammlungen nicht besucht. Diese Mitglieder denken, wenn sie ihren Beitrag bezahlen — was allerdings auch noch viel zu wünschen übrig läßt — genug getan zu haben. Doch wie verkehrt ist das! Ein jeder soll mit Hand anlegen und für die Organisation arbeiten, denn auch in unserem herrlich gelegenen thüringischen Städtchen gibt es noch viele Uebelstände zu beseitigen, was aber nur durch den festen Zusammenschluß der Kollegen und Kolleginnen erreicht werden kann. Pflicht eines jeden ist es, die Versammlung regelmäßig zu besuchen und sich an dem weiteren Ausbau unserer Organisation zu beteiligen. Denn je fester wir verbunden sind, je eher sehen wir Erfolge.

Leipzig. Arbeiterzivilo. Bei der Firma Röttger u. Wengarz in Leipzig berunglückte eine Kollegin am 30. August an der Wiegemaschine, wobei ihr vier Finger der linken Hand ganz oder teilweise verloren gingen.

Am 9. September geriet bei derselben Firma eine andere Kollegin in die Registriersehneemaschine und verletzte sich zwei Finger der rechten Hand.

In beiden Fällen ist die Maschine nicht mit der notwendigen Schutzvorrichtung versehen gewesen, auch scheint der Verbandskasten des Betriebes in recht zweifelhafter Verfassung zu sein.

Rundschau.

Der Kampf der Leipziger Lithographen und Steindrucker. Zur Beilegung der Differenzen in Leipzig, wo die Lithographen und Steindrucker in sämtlichen Anstalten in Räumigung stehen, fanden am 15. September im Papierhause in Berlin Verhandlungen statt mit Vertretern der Unternehmerorganisation und dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Trotz weitgehenden Entgegenkommens seitens der Gehilfen fand die Verhandlungen nach fünfstündiger Dauer als ergebnislos geendet. Die von den Gehilfen eingereichten Vereinbarungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen enthielten zwölf Positionen, aber nur über die ersten beiden wurde verhandelt, und zwar über die Arbeitszeit und den Mindestlohn. Die Gehilfen fordern: Die tägliche Arbeitszeit ist für Lithographen (auch Korrekturlithographen), Kartographen und Zeichner 8 Stunden; für Steindrucker 8½ Stunden, an Notationsmaschinen 8 Stunden. Die Prinzipale wollten keine tägliche, sondern eine

wöchentliche Arbeitszeit festgesetzt haben, die aber statt der geforderten 51 auf 53½ Stunden bemessen werden soll, schließlich waren sie bereit, 53 Stunden zu bewilligen (was vielfach schon besteht). Die Korrekturlithographen und die Notationsmaschinen-drucker sollen aber auch solange wie die Steindrucker arbeiten (53 Stunden). Um die Friedensliebe im Gewerbe zu zeigen und den Kampf zu vermeiden, kamen die Gehilfen als äußerstes insoweit entgegen, als daß sie von der Festsetzung einer täglichen Arbeitszeit absehen und nach den Wünschen der Prinzipale mit einer wöchentlichen Arbeitszeit einverstanden waren. Auch, daß die Korrekturlithographen und die Notationsmaschinen-drucker dieselbe Arbeitszeit wie die Steindrucker haben sollten; die Korrekturlithographen sollen aber die Zeit von acht Stunden pro Tag bis zur Arbeitszeit der Steindrucker extra entschädigt erhalten. Und betreffs der Arbeitszeit der Steindrucker wollten die Gehilfen mit einer solchen von 52 Stunden pro Woche zufrieden sein. Da die Prinzipale aber erklärten, unter allen Umständen an ihrem Vorschlag festhalten zu müssen, wurde dieser Punkt als unerledigt zurückgestellt. Aber auch bei dem Mindestlohn wurde keine Einigung erzielt. Die Gehilfen fordern: Der Mindestlohn beträgt wöchentlich im ersten Gehilfenjahre nicht unter 24 M., im zweiten Gehilfenjahre nicht unter 27 M. Für Notationsmaschinenmeister im ersten Jahre der Beschäftigung an der Notary- oder Offsetpresse nicht unter 40 M., dann nicht unter 45 M. Die Prinzipale wollten aber nur einen Mindestlohn im ersten Gehilfenjahre von 21 M., nach längerem Handeln 22 M. bewilligen, alle übrigen Forderungen sollten gestrichen werden. Die Gehilfen gingen auch hier von ihren Forderungen ab und boten folgendes Entgegenkommen an: Der Mindestlohn beträgt im ersten Gehilfenjahre nicht unter 21 M., für Leipzig 23 M., im zweiten Gehilfenjahre 26 M. und soll nach den Verhältnissen örtlich festgesetzt werden. Für Notationsmaschinenmeister ist der Mindestlohn im ersten Vierteljahr (als Probezeit gedacht) wie bisher, dann 40 M. und im zweiten Jahre der Beschäftigung nicht unter 45 M. Die Prinzipale erklärten aber, hierauf nicht eingehen zu können (lies wollen) und erklärten auch die Verhandlungen der weiteren Frage für zwecklos. Damit waren die Verhandlungen gescheitert und die Parteien schieden mit Worten der Kriegserklärung. Was der Unternehmerschutzverband für Maßnahmen treffen wird, die er in einer Kreisvertreterung bereits beschlossen haben will, ist noch nicht bekannt. — In Leipzig werden nunmehr am 23. September die Lithographen und Steindrucker in den Streik eintreten.

Die freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen. Gewaltige Arbeitermassen in Rheinland-Westfalen werden noch völlig vom katholischen Klerus und vom Zentrum beherrscht. In vielen Wahlkreisen ist kaum ein Hauch der freien Arbeiterbewegung zu spüren, was auch auf Jahre hinaus nicht anders sein wird. Dennoch vermögen weder Klerus noch Zentrum, die sich in den beiden westlichen Provinzen kraftvolle Zentralen geschaffen haben, das Vorwärtsschreiten der freien Bewegung aufzuhalten. Im Jahre 1907 erzielte das Zentrum noch mehr als 900 000 Stimmen, während es die Sozialdemokratie auf rund 400 000 Stimmen brachte; das Stärkeverhältnis der beiden Parteien zueinander war früher ein für die Sozialdemokratie noch viel ungünstigeres. Schritt für Schritt mußte in den Zentrumsdomänen der Boden gewonnen werden unter Kämpfen, wie man sie in der politischen Bewegung nicht häufig findet. Strapasselos sind die Kampfmethoden des Zentrums, ebenso tüdlich die des Klerus. Und nicht ohne Gefahr für Leib und Leben konnten und können heute noch die sozialistischen Pioniere ihre Tätigkeit für die Arbeiterbewegung aufnehmen. Dennoch, es ging vorwärts, unaufhaltsam vorwärts. Wenn das Zentrum von sich sagt, daß es das beste und sicherste Bollwerk gegen die Sozialdemokratie bildet, so ist das eben Phrasen geblieben. Nichts vermag die sozialistische Hochflut aufzuhalten. Das zeigt sich nicht nur in der politischen Bewegung, das zeigt sich auch in der Gewerkschaftsbewegung.

In Rheinland-Westfalen hat das Zentrum im Verein mit dem Klerus die christlichen Gewerkschaften ins Leben gerufen. Warum, ist bekannt. Die christlichen Gewerkschaften sollten einen weiteren Damm gegen die sozialdemokratische Bewegung bilden, sie wurden darum gründlich und ausgiebig unterrichtet und schließlich auch so ausgestattet, daß die christlichen Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften gleiche und ähnliche Einrichtungen und Werbemittel vorfinden, wie in den freien Verbänden. So hoffte man, mit Hilfe der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Strom der sozialdemokratischen und der freien Gewerkschaftsbewegung Einhalt zu gebieten, überhaupt die christliche Arbeiterbevölke-

zung von den freien Gewerkschaften fernzuhalten. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat in Rheinland-Westfalen zwar ihre festesten Stützpunkte errichten können, aber die Aufgaben, die ihr aufgetragen wurden, hat sie nicht zu lösen vermocht. Sie hält Arbeiter nur zum Teil von den freien Gewerkschaften zurück, diese selbst in ihrer Entwicklung zu hemmen, ist den Zentrumschriften unmöglich trotz allem prahlreichen Gebaren. In dem Kampfe gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung zeigen sich gar überauschende Bilder der Ohnmacht der Zentrumschriften.

Wie wir aus den Reichstagswahlziffern ersehen, brachte das Zentrum in den beiden Provinzen mehr als 900 000 Stimmen auf, die Sozialdemokratie blieb weit unter die Hälfte. Gewiß zählt das Zentrum mehrere hunderttausend Stimmen, die für die christliche Gewerkschaftsbewegung als Mitglieder nicht in Frage kommen, aber es bringt aus Arbeiterkreisen allein gewiß mehr Stimmen auf, wie die Sozialdemokratie. Dann stehen den christlichen Gewerkschaften noch andere Parteien als das Zentrum nahe. Evangelisch-nationalliberale und christlich-sozial-antimilitarische Arbeiterkreise gehören in den genannten Provinzen zu Tausenden den christlichen Gewerkschaften als Mitglieder an, so daß wir nicht zu viel sagen, wenn wir erklären, daß der Werbebezirk der Rekonvaleszenten der christlichen Gewerkschaften sich auf eine Arbeiterbevölkerungszahl ausdehnt, die mehr als doppelt so stark dasteht, als die Sozialdemokratie in Rheinland-Westfalen an Stimmen aufbrachte. Die christlichen Gewerkschaften müßten demnach hier auch die doppelte Zahl an Mitgliedern aufweisen wie die freien Gewerkschaften. Lange genug beistehen sie ja und an Arbeit und Unterstützungsmitteln für die christlichen Gewerkschaften hat es gewiß nicht gefehlt. Hier ist das Menschenmögliche getan worden. Und doch haben die freien Gewerkschaften die christlichen Verbände an Mitgliederzahl weit überflügelt. Ziehen wir von den christlichen Gewerkschaften die Eisenbahnerorganisationen ab, die zwar der christlichen Gewerkschaftszentrale angehören, aber als moderne Gewerkschaftsorganisationen nicht betrachtet werden können, dann zählen die freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen mehr Mitglieder als die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland.

In einer jüngst stattgefundenen Konferenz der Gauleiter der freien Gewerkschaften wurden über die Stärke der freien Verbände in den beiden Provinzen folgende Zahlen mitgeteilt.

Es waren vorhanden 1908 226 481, 1909 227 738, 1910 268 104 Mitglieder in zusammen 1515 Zahlstellen.

War der Mitgliederzuwachs von 1908 auf 1909 infolge der Wirkungen und Nachwirkungen der wirtschaftlichen Krise kein großer — die gesamten freien Gewerkschaften nahmen nur um 936 Mitglieder zu —, so zeigt doch die Entwicklung der freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen auch in diesem Zeitraum ein erfreuliches Bild. Von 1909 auf 1910 wurden hingegen 40 371 Mitglieder für die freien Verbände gewonnen. Eine Zahl, die von unseren Freunden mit großer Genugung aufgenommen werden kann.

Leider sind wir nicht in der Lage, feststellen zu können, wieviel Mitglieder die christlichen Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen zählen, eventuell in den letzten Jahren gewonnen haben. Bei der obigen Statistik handelt es sich um die Zahlen am Schluß der genannten Jahre. Wollen wir Vergleiche ziehen zwischen der Stärke der freien und Christengewerkschaften, so bleibt uns nichts anderes übrig, als die Gesamtstärke der christlichen Gewerkschaften in Deutschland zum Vergleich heranzuziehen. Die christlichen Gewerkschaften zählten am Schluß der Jahre

1908	1909	1910
260 767	280 061	316 111 Mitgl.

Hier von sind die christlichen Eisenbahnerorganisationen mit 60 000—70 000 Mitglieder noch abzuziehen, da man sonst jeden Arbeiter-, Arbeiter- und Gesellenverein zu einer christlichen Gewerkschaft machen kann. Aber auch wenn wir die angegebenen Zahlen für die christlichen Gewerkschaften gelten lassen wollen, so steht doch fest, daß sie in Rheinland-Westfalen weit weniger Mitglieder zählen als die freien Verbände. Wir schätzen ihre Zahl hier auf 180 bis 190 000. Das ist die ganze Herrlichkeit da, wo sie doppelt so stark wie die freien Verbände sein müßten, hätten sie nur in der christlichen Arbeiterbevölkerung das Vertrauen, was moderne Arbeiterorganisationen erwarten dürfen. Dieses Vertrauen ist nicht vorhanden und die christlichen Gewerkschaften werden es auch in Zukunft nicht gewinnen. Vorwärts aber marschiert die freie Gewerkschaftsbewegung, die christlichen Verbände weit hinter sich lassend.

Wenn die letzteren von dieser Tatsache lernen wollten, müßten sie wenigstens mit der Phrase einpacken, sich „als das festeste Bollwerk gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften“ zu betrachten. Sie sind es nicht und werden es niemals sein.

Arbeitslosenversicherung. In der am 13. d. M. abgehaltenen Sitzung des sozialen Ausschusses der Stadtgemeinde Kaiserslautern wurde beschlossen, die gemeindliche Arbeitslosenversicherung nach Gentler System ab 1. Oktober d. J. versuchsweise auf 3 Jahre einzuführen. Der Oberbürgermeister erklärte sich mehr aus finanziellen Gründen dagegen, während ein Vertreter des Handwerks aus prinzipiellen Gründen sich als Gegner bekannte. Der Stadtrat wird sich nun bald mit der Sache beschäftigen, um die Höhe des Zuschusses usw. festzulegen. Eine Annahme im Stadtrat ist sicher, da von 25 Stadträtern 13 Sozialdemokraten sind, ebenso ist die demokratische Partei dafür und wohl auch das Zentrum. Der Antrag stammt von der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion.

Regierungsmassnahmen zur Teuerung. Die preussische Regierung ist auf dem Posten, sie ist sich der dringenden Aufgabe, die ihr aus der gegenwärtigen Situation auf dem Lebensmittelmarkt erwachsen, voll bewußt. Also verkündet die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ an der Spitze ihrer Sonntagsnummer. Sie berichtet über eine Sitzung des preussischen Staatsministeriums, die sich unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten „gehend mit staatlichen Massnahmen zur Milderung der Schäden, die der Ernteausfall an Kartoffeln, Gemüse und Futtermitteln für die Volksernährung und für die Erhaltung unseres Reichstandes mit sich bringen wird“, beschäftigte. Ueber das Ergebnis der Besprechung teilt das Regierungsbüro mit:

„Es wurden insbesondere weitgehende Ermäßigungen auf eisenbahntariflichem Gebiet beschlossen.

Futtermittel und Mais sollen unter Aufnahme in den bereits eingeführten Notstandstarif für Futtermittel und Streumittel aus Spezialtarif I nach Spezialtarif III berichtigt werden, was einer fünfzigprozentigen Frachtermäßigung gleichkommt. Ebenso werden frische Kartoffeln und Gemüse, einschließlich Bohnen, Erbsen und Linsen, um 50 Proz. in der Fracht ermäßigt werden, und zwar ohne jede Zweckbeschränkung. Eine noch weitergehende Ermäßigung ist für sämtliche letztgenannten Waren beim Bezuge durch Gemeindeverbände und gemeinnützige Organisationen, die jene zu oder unter den Selbstkosten verteilen, in Aussicht genommen. Düngemittel sollen mit Geltung bis zum 1. Mai 1912 mit Rücksicht auf den verstärkten Verbrauch, den die starke Austrocknung des Bodens und insbesondere die Verschlechterung des natürlichen Düngers bei dem Mangel an Streumitteln wünschenswert macht, auf die halbe Höhe des Spezialtarifs III herabgesetzt werden. Endlich wird der bestehende Notstandstarif für Futtermittel und Streumittel in Erweiterung seines bisherigen Zwecks dahin verallgemeinert, daß die Bezüge jedes Viehhalters, nicht nur die im landwirtschaftlichen Betriebe und für die Schlachtviehaufzucht benötigten, darunter fallen, wodurch zugleich ein lebhafter Wunsch des Handels Erfüllung findet. Zu diesen Frachtherabsetzungen tritt noch die bereits in Ausführung begriffene Ermäßigung für frische Seefische, die, wenn auch zunächst eine Unterfütterung der deutschen Hochseefischerei bezweckend, doch auch zur Milderung einer etwaigen Fleischteuerung beitragen wird. Sämtliche Ermäßigungen sollen mit tunlichster Beschleunigung durchgeführt werden.

Das Staatsministerium beschloß ferner, beim Bundesrat die Genehmigung von Erleichterungen für landwirtschaftliche Brennereien in bezug auf die Verarbeitung von Getreide und Mais zu beantragen, durch die ein Teil der sonst in Brennereien verbrauchten Kartoffeln für Speise- und Futterzwecke frei werden könnte.

Einige weitere mit den Witterungsschäden dieses Sommers in Zusammenhang stehende Fragen wurden als noch nicht spruchreif den zuständigen Ressorts zu näherer Prüfung überwiesen und späterer Entscheidung des Staatsministeriums vorbehalten.

Die Maßregeln sind, soweit sie den Interessen der Konsumenten dienen sollen, für die Rat, ja sie bedeuten teilweise sogar eine direkte Verschärfung der Lebensmittelmot. Was kann dem deutschen Volke eine Herabsetzung der Eisenbahnfrachten groß helfen, wenn die zu verbrauchten Lebensmittel gar nicht oder in nur ganz unzureichenden Mengen vorhanden sind? Die Gemüseernte ist in diesem Sommer so schlecht ausgefallen, daß es im kommenden Winter monatelang selbst bei den höchsten Preisen nicht möglich sein wird, bestimmte Gemüsesorten in genügenden Mengen aufzutreiben, und von der Kartoffelernte ist nach den vorliegenden Nachrichten

ebenfalls ein sehr ungünstiges Ergebnis zu erwarten. Die Folge ist ein so starkes Anschwellen der Preise, daß die Frachtermäßigung einen starken Druck darauf gar nicht ausüben kann, ja, es ist sogar nicht ausgeschlossen, daß sie letzten Endes nur den Produzenten zu einem Extraprofit verhilft. Von einer wirklichen Hilfe für die Konsumenten könnte erst dann geredet werden, wenn gleichzeitig die Zölle fallen und so der Bildung von Monopolpreisen entgegenwirkt würde. Diese Maßregel könnte allerdings nicht von der preussischen, sondern nur von der Reichsregierung angeordnet werden, aber es ist eine allgemein bekannte und durch die jetzigen Beschlüsse des Staatsministeriums erneut bestätigte Tatsache, daß jene gar nicht daran denkt, in eine Durchbrechung, und sei sie auch nur zeitweise, unseres „bewährten“ Schutzgollsystems zu willigen. Das Interesse der agrarischer Produzenten geht eben dem der Konsumenten unter allen Umständen voran.

Sind die beschlossenen Maßregeln für die Versorgung des deutschen Volkes mit Gemüse und Kartoffeln schon völlig ungenügend, so verjagen Herr Bethmann Hollweg und seine Ministerkollegen völlig in der noch wichtigeren Frage der Fleisch- und Getreideversorgung. Von der geplanten Frachtherabsetzung für Seefische sagt die offiziöse Kundgebung selbst, daß sie in erster Linie eine Unterfütterung für die deutsche Hochseefischerei bedeuten soll. Selbst die völlig unzulänglichen Maßregeln der französischen Regierung, die sie zur Bekämpfung der Fleischnot ergriffen hat, gehen ihrer preussischen Kollegen schon viel zu weit; sie hält es nicht einmal für notwendig, diese Seite der Teuerungfrage zu erwägen. Und nun gar die Behandlung der Getreideversorgung! Anstatt zu sagen, wie sie zu den Versuchen der Agrarier und Börsenspekulanten steht, die Not der Massen durch eine verstärkte Getreideausfuhr noch zu verschärfen, kündigt die Regierung die Absicht an, im Bundesrat für eine Erleichterung zugunsten der Schnapsbrenner einzutreten! Das Getreide soll dem Konsum der Massen entzogen und in Fufel verwandelt werden, damit den Schnapsjunkern die Liebeshabe nicht geschmälert wird. Denn keinen anderen Erfolg könnte die angestrebte Maßregel haben; die Verschärfung, daß dadurch Kartoffeln zu Speise- und Futterzwecken frei werden würden, ist nichts als blauer Dunst.

Das Resultat der „Notstandsaktion“ der preussischen Regierung ist also: den Agrariern wird von neuem die Staatshilfe in ausgedehntem Maße zuteil, für die Konsumenten aber hat man nichts als Sand in die Augen. Die „altbewährte“ preussische Tradition!

Ein ehrliches Wort über den Klassenkampf.

In den kommenden Wahlkämpfen wird der Sozialdemokratie von gedankenlosen Gegnern gewiß wieder der Vorwurf gemacht werden, daß sie es sei, die den Klassenkampf entfessele. Namentlich die Liberalen pflegen es ja der Sozialdemokratie als Todsünde anzurechnen, daß sie eine Partei des Klassenkampfes ist. Eine etwas tiefere Einsicht in das Wesen und die Notwendigkeit von Klassenkämpfen hat der frühere Staatssekretär des Innern Graf v. Posadowsky befundet, als er am 15. September bei der Eröffnung der zweiten internationalen Konferenz für Sozialpolitik in Dresden ausführte:

„Es liegt in der Menschennatur, daß jeder seine äußere Lage verbessern will. Die gute Seite dieses Strebens ist, daß der wirtschaftliche und technische Fortschritt, wenn auch nicht immer der sittliche, gehoben wird. Und wo nur immer Individuen sich zu gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen vereinen, da entziehen Klassenkämpfe und Klassengegensätze.“

Es ist nicht zum erstenmal, daß sich Graf von Posadowsky durch das Aussprechen solcher einfacher Erkenntnisse, die eigentlich jedem Gebildeten geläufig sein sollten, „mißliebig“ macht. Hat er doch zur Zeit, da er noch im Amte war, von der Sozialdemokratie gesprochen als einer „Arbeiterpartei“, die „Rechte der Arbeiter vertritt“, hat er doch den Besessenen borgehalten, daß ihr Besitz zwar eine Unnehmlichkeit, aber keine Tugend sei, und sogar das Wort gemagt: „Wer dafür kämpft, den Massen Leben und Gesundheit zu erhalten, der kämpft für die Stärke und Zukunft unseres Vaterlandes.“ Für solche und ähnliche Mißketaten ist er ja dann auch durch seine Amtsenthhebung bestraft worden.

Auf das Urteil des Grafen v. Posadowsky wird sich die Sozialdemokratie auch seinen Gegnern gegenüber berufen können, die es so darstellen, als sei an dem Vorhandensein von Klassenkämpfen bloß die sozialdemokratische Bosheit schuld. Klassenkämpfe sind etwas Natürliches, Notwendiges, Unvermeidliches. Der beste, ausichtsreichste Kampf ist aber der Klassenkampf des Proletariats.

Adressenänderungen.

Derkliche Bevollmächtigte.

Limbach, M. Härtel, Fleißackerstr. 15.

Unterstützungs-Auszahler.

Potsdam-Navawes, M. Kühne, Potsdam, Charlottenstr. 69, S. pt.

Literarisches.

Das auf dem Gewerkschaftskongress in Dresden gehaltene Referat des Rechtsanwalts Dr. Heinemann über: „Das Koalitionsrecht in Deutschland und der Vorentwurf zu einem deutschen Strafgesetzbuch“ ist im Druck erschienen und wird die 32 Seiten starke Broschüre von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Mitgliedern der Zentralverbände u n e n t g e l i c h zur Verfügung gestellt. Bezüglich des Inhalts der Broschüre verweisen wir auf unseren Bericht vom Gewerkschaftskongress in Nr. 29 der „Buchbinder-Zeitung“.

Die Ausgabe der Broschüre erfolgt durch die örtlichen Gewerkschaftskartelle. Die Broschüre soll nicht ohne weiteres an alle Mitglieder abgegeben werden, sondern nur an diejenigen, von denen sich voraussehen läßt, daß sie das Material studieren und auffüßend in der Sache wirken werden, respektive an die Mitglieder, welche die Broschüre zu erhalten wünschen. Danach wollen die Gau- und Ortsverwaltungen den Bedarf für ihren Wirkungskreis möglichst bald feststellen und die benötigte Anzahl Exemplare bei den Gewerkschaftskartellen entnehmen.

Die Mitglieder in den Zahlstellen, die die Broschüre zu haben wünschen, wollen sich an die Ortsverwaltung wenden und einzelstehende Mitglieder an die Gauverwaltung. Auch kleine Zahlstellen, an deren Ort ein Gewerkschaftskartell etwa nicht besteht, wollen die Broschüre durch Vermittelung des Gauvorstandes beziehen.

Für Buchbindereien, Kartonnagenfabriken und Druckereien. Einen neuen, 296 Seiten starken Hauptkatalog Nr. 28 hat die Firma Preuße u. Co.

G. m. b. H., Leipzig, soeben ausgegeben. Diese Maschinenfabrik fertigt seit dem Jahre 1888 eine Reihe von Spezialmaschinen für Buchbinderei, Buchdruckerei und Kartonnagenfabrikation, die sich großer Verbreitung und allgemeiner Anerkennung erfreuen. Der Katalog führt die Erzeugnisse der Firma in fünf Abteilungen vor, auf zwei Bände berat verteilt, daß die Abteilungen 1—4 (Draht- und Faden-Heftmaschinen, Wogen-Falzmaschinen, Zeitungs-Falzapparate) in dem ersten Bande vereinigt sind und die Abteilung 5 (Maschinen für Kartonnagen- und Faltschachtel-Herstellung) den zweiten Band füllt. Wir können hier auf den reichen, durch feilliche Register und alphabetische Verzeichnisse leicht zugänglichen, sehr übersichtlich geordneten Inhalt leider nicht näher eingehen, und möchten zusammenfassend nur bemerken, daß die genannten Maschinen in zahlreichen, jedem Zwecke angepaßten Typen gebaut werden und in dem neuen, sehr gut ausgestatteten Katalog in ihrer Arbeitsweise und allen Konstruktions-einzelheiten eingehend geschildert werden. Jeder Interessent wird in dem Katalog etwas für ihn Geeignetes finden.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Gesucht ein

Etuismacher

für Bijouterie- und andere Etuis.

Ferner ein

Etuischreiber.

Nur ganz tüchtige Arbeiter wollen sich unter Angabe der Lohnansprüche melden. Reiseentschädigung.

Bösch & Co., Etuisfabrik,
Neuhäusen a. Rheinfl. (Schweiz).

Die Gold- und Silberschmelzerei,
Scheide- und Gekrätz-Anstalt
M. Broh

Berlin SO. 33, Köpenickerstr. 29,

Fernsprecher: Amt IV, 6958,

kauft Kehr- und Staubgold, Goldschmiede,

Goldwatten, Goldgummis sowie sämtliche

gold- und silberhaltigen Rückstände.

Vorzügliche Schmelz-, Brenn- und Mahl-

einrichtungen. — Streng reelle Bedienung.

Anerkennungsschreiben v. In- u. Ausland.

Gegründet im Jahre 1896.

Zahlstelle Berlin.

Die Bibliothek ist ab 1. Oktober geöffnet:

Dienstags von 6—8 Uhr abends**Donnerstags „ 6—7 „ „****Sonntags „ 5—7 „ „**

Kranke und Nachtarbeiter erhalten auch Bücher während der Bureaustunden durch Kollegen Bytomski.

Die Ortsverwaltung.**Ortskrankenkasse der Buchbinder zu Berlin.**

Meine Wohnung befindet sich jetzt:

Nitzdorf, Schillerpromenade 5, III**K. Gottesmann,**

Vorstand.

Günstige Gelegenheit zur Etablierung
eines Buchbinders,
geeignete Lokalitäten zu vermieten durch
O. Leopold, Glasbläser i. S.



**Kostenfreier
Arbeitsnachweis**

für Buchbinder

O. Th. Winckler, Leipzig

Viele Kranke verdanken ihre Genesung

einer Trinktutur im Hause mit Ramscheider Stahlsbrunnen.

„Meine Tochter lag infolge schwerer Bleichsucht schwer krank darnieder. Trotz aller angewandten Mittel vermochte sich meine Tochter nicht so zu erholen, wie wir es ersehnten. Ich bestellte eine Diste mit 30 Flaschen. Die Wirkung war geradezu wunderbar. In der ersten Woche verspürte sie eine angenehme Anregung der inneren Organe. Sie wurde lebhafter, froher. Dann wurde es immer besser. Sie **schloß ausgezeichnet, bekam Appetit, die Hautfarbe wurde frisch** und rosig, alles in allem, sie süßte sich wirklich, wie man sagt, neugeboren.“ — „Es drängt mich, Ihnen meinen Dank abzustatten für das vorzügliche Heilwasser. Es ist ein wahrer Gottesstrahl. Ich litt nämlich schon 9 Jahre an Blutarmit, Bleichsucht, großer Nervenschwäche, Magenbeschwerden usw. Alle meine Uebel sind fast gänzlich beseitigt.“ — „Dies herrliche Wasser hat mir und meinen Kindern, welche auch Blutarmit sind, sehr gut geholfen.“ — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinktutur im Hause warm empfohlen bei Blutarmit, Bleichsucht, Frauenkrankheiten, Magen- und Darmlen, Nervenkrankheiten, Blutarmit Zuständen, z. B. nach Blutverlusten inf. Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Krankheiten, wie Typhus usw. — Mitteilungen über Kurverfolge, Bezug des Brunnens kostenlos durch: Ramscheider Stahlsbrunnen Düsseldorf SO. 123.

Geübten Maschinenhefterinnen

(Faden und Draht)

:: und tüchtigen Falzerinnen ::

wird dauernde Arbeit angeboten. Arbeitszeit 52 1/2 Stunden pro Woche. Lohn nach neuem Leipziger Tarif. Samstag Nachmittag wird nicht gearbeitet. Anmeldungen an

Mech. Buchbinderei Günther, Baumann & Co.,
Erlenbach bei Zürich, Schweiz.

Geschichte des Deutschen Buchbinder- :: Verbandes und seiner Vorläufer ::

Preis für Mitglieder 2,30 Mk. einschließlich Porto

Preis für Nichtmitglieder 3,30 Mk. einschließlich Porto

Der vorliegende 1. Band gibt einen zusammenfassenden Überblick über die Geschichte der Organisation in unserem Fache bis zur Gründung des jetzigen Verbandes. Er enthält eine reichhaltige Dokumentensammlung und bietet jedem Berufsgenossen außerordentlich viel interessante Momente aus der Vergangenheit.

Ein jedes unserer Mitglieder sollte im Besitze des Werkes sein, das auch durch sein vornehmes Äußeres jeder Bibliothek zur Zierde gereicht.